

# Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße 16a part.  
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaßte Kolonelleile:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.  
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **585 000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

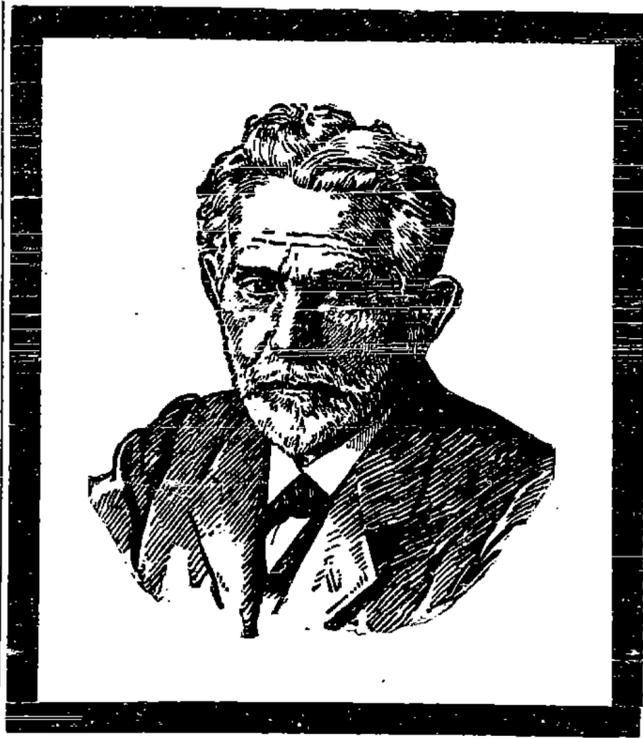
## August Bebel gestorben.

Die Klassenbewußte Arbeiterschaft aller Länder ist in tiefer Trauer versetzt. Ihr geliebtester Bahnbrecher und Führer, ihr August Bebel ist vom unerbittlichen Tode abgerufen worden. In der Nacht vom 12. zum 13. August hat er in einem Kurhaus im schweizerischen Kanton Graubünden, wo er Erholung suchte, die Augen für immer geschlossen.

Bebel hat ein Alter von 73 1/2 Jahren erreicht. Davon gehörten 50 Jahre dem Kampfe für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitals. In keiner der großen Persönlichkeiten, die an der Spitze der sozialistischen Arbeiterinternationale standen, verkörpert sich die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung in solchem Maße, wie in August Bebel. Es wäre pietätlos, die Namen der Männer, die in der Geschichte der Sozialdemokratie tief eingegraben sind, klassifizieren zu wollen; Ferdinand Lassalle wie Karl Marx, Wilhelm Liebknecht wie Ignaz Auer und Paul Singer haben sich unsterbliche Verdienste erworben um die Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer weltbewegenden Macht; neben ihnen werden die Namen der hervorragenden Gewerkschaftsführer wie Theodor Bömelburg, Karl Röß und andere nicht vergessen werden: keines Arbeiterführers Name aber wird von den kommenden Geschlechtern so oft genannt werden wie der August Bebels.

Wenn in Deutschland die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften gleichzeitig groß und stark geworden sind, wenn diese beiden Arme der Emanzipationsbewegung des Proletariats sich gegenseitig ergänzen und stützen, wenn infolge dieses geordneten Nebeneinanderarbeitens die Gesamtbewegung in Deutschland einen Aufstieg genommen hat, der von der Arbeiterschaft aller anderen Länder als vorbildlich anerkannt wird, so hat niemand so sehr dazu beigetragen wie August Bebel. Von den ersten Anfängen an war er mit der Bewegung aufs engste verwachsen, alle Phasen ihrer Entwicklung hat er in vollstem Sinne des Wortes mit durchlebt, mit Bebel an der Spitze ist die Bewegung geworden, was sie heute ist. So groß und beispiellos die Begeisterung dieses Mannes für das Ziel der völligen Umwälzung der Gesellschaft im Sinne des Sozialismus war, so feurig sich seine revolutionäre Ader, die seiner Person das Gepräge gab, betätigte, so leidenschaftlich er die Arbeitermassen zu großen Kämpfen aufzurufen verstand — er war doch ein Praktiker durch und durch, der gewissenhaft die Grenzen des Möglichen abwog, vor Überstürzungen warnte, die Organisation und die Kleinarbeit zu schätzen mußte, den Gegnern Konzessionen abtrotzte und kein Zugeständnis für zu klein hielt, um es mit aller taktischen Geschicklichkeit in Sicherheit zu bringen.

Der Lebenslauf Bebels ist der großen Masse der Arbeiter bekannt. Nur in knappen Umrissen braucht er in Erinnerung gerufen zu werden. Als Sohn eines Unteroffiziers wurde Bebel am 22. Februar 1840 in Deuß bei Köln geboren. Sein Vater starb, als der junge Bebel noch nicht 4 Jahre alt war. Die Mutter heiratete den Bruder des Vaters, doch auch dieser erlag nach wenigen Jahren der Schwindsucht, der im Jahre 1853 auch die Mutter nach langem Leiden zum Opfer fiel. Bebel lernte in seiner Jugend die Proletariatsnot in ihren bittersten Formen kennen. In seinen Memoiren hat er selbst erzählt, es sei jahrelang sein Ideal gewesen, sich einmal an Butterbrot tüchtig satt essen zu können. Zuerst von der Dorfschule zu Brauweiler, dann von der Volksschule zu Wehlar, wohin seine verwitwete Mutter übergesteilt war, bezog er sein Schulwissen. Da die Erfüllung seines Wunsches, das Bergfach zu studieren, an dem Mangel an Mitteln scheiterte, erlernte er das Drechslerhandwerk, ging nach beendeter Lehrzeit auf die Wanderschaft und schloß sich zunächst dem katholischen Gesellenverein an. In Freiburg i. B., Regensburg, Salzburg war er in Stellung als Drechslergehilfe. Wie er schon als Kind ein aufgeweckter Junge gewesen, bildete er sich auch als Jüngling eifrig weiter. Im Jahre 1860 trat er die Rückreise in die Heimat Wehlar an, wanderte aber von dort weiter und kam so nach Leipzig, wo er dauernde Beschäftigung und für Jahrzehnte seinen Wohnsitz fand. Bereits im Februar 1861 schloß er sich hier dem neugegründeten gewerblichen Bildungsverein an, der die Arbeiterschaft in der allgemeinen und fachgewerblichen Bildung zu heben bestimmt war. Die Arbeiterschaft hatte noch nicht das Maß sozialer und



politischer Einsicht erlangt, daß sie befähigte, als Klasse zu den politischen Ereignissen Stellung zu nehmen. Sie tastete und suchte noch nach dem Wege, der sie zu Erfolgen führen sollte. Auch Bebel war ein Suchender. Inzwischen selbständiger Drechslermeister geworden, trat er 1865 an die Spitze des Leipziger Arbeiterbildungsvereins und wurde 1867 Vorsitzender des Ausschusses des Verbands der deutschen Arbeitervereine. Er gehörte zugleich der sächsischen Volkspartei an, die er 1866 hatte gründen helfen, und zog als deren Vertreter, gewählt im Wahlkreis Glauchau-Meerane, 1867 in den konstituierenden Norddeutschen Reichstag ein. Bei den im August desselben Jahres vorgenommenen ersten Wahlen in den ordentlichen Norddeutschen Reichstag wurde er wiedergewählt. Bald sagte er sich von der bürgerlichen Demokratie los, bekannte sich auf dem Arbeitervereinstag, der 1868 in Nürnberg stattfand, mit der Mehrheit der anwesenden Vertreter zu den Ideen der von Karl Marx geführten Internationalen Arbeiterassoziation und rief im folgenden Jahre gemeinsam mit Wilhelm Liebknecht auf dem Kongress zu Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei ins Leben, die bis zur Verschmelzung auf dem Gothaer Kongress von 1875 mit der Lassalleanischen Partei in heftiger Fehde lag. Gemeinsam mit Wilhelm Liebknecht protestierte er 1870 im Reichstag nach der Schlacht von Sedan gegen die Fortsetzung des Krieges und die Annexion von Elsaß-Lothringen und stimmte gegen die Kriegsanleihe. Diese auch außerhalb des Parlaments von Bebel und Liebknecht gegenüber der Bismarckschen Eroberungspolitik angenommene Haltung führte zur Verhaftung der beiden und zu dem großen Leipziger Hochverratsprozeß, der mit der Beurteilung Bebels und Liebknechts zu je 2 Jahren Festungshaft endete. Auf der Festung Hubertusburg büßten sie gemeinsam die Strafe ab. Bebel erhielt noch zahlreiche Freiheitsstrafen zudiktirt, so daß er im ganzen nahezu fünf Jahre eingekerkert war. Sein unverwundlicher Optimismus, seine Kampfeslust wurden indessen durch die Verfolgungen, denen er ausgesetzt war, nicht gedämpft, sondern eher noch gesteigert. Mit der Schaffung des Deutschen Reichstags sandte ihn sein alter Wahlkreis in diesen. Er hat dem Reichstag mit einer einzigen Unterbrechung von zwei Jahren angehört bis an sein Lebensende. Mehr denn 46 Jahre kämpfte und stritt er im Parlament für die Interessen der Arbeiterklasse. Von seinen Freunden bejubelt, von seinen Gegnern gefürchtet, fand dieser hinreißende Redner mit seiner ägenden Kritik der herrschenden Gesellschaftszustände und seinem beißenden Spott stets die feierlichste Aufmerksamkeit.

Raum war die Einigung der Eisenacher mit den Lassalleanern gelungen, da verschärfte das Bismarcksche Gewaltregiment den Kampf gegen die heranwachsende Sozialdemokratie. Das Ausnahmengesetz kam zustande und Bebel wurde auf Grund des kleinen Belagerungszustandes aus Leipzig ausgewiesen. So gut es ging, mußte er von seinem Wohnsitz in einem Leipziger Vorort aus sich an der Leitung seines Geschäfts beteiligen, bis er 1884 daselbe seinem inzwischen eingetretenen Teilhaber allein überließ. Von dort an widmete er sich lediglich dem politischen Leben und der Schriftstellerei. Im Jahre 1881 war er auch Mitglied des sächsischen Landtags geworden, in dem er eine ebenso schneidige

Klinge führte wie im Reichstag. Als Bebel 1890 nach Berlin überstellte, schied er aus dem sächsischen Landtag wieder aus. Wenn die deutsche Arbeiterschaft das Sozialistengesetz erfolgreich überwunden hat, wenn nach dessen Ablauf die Partei wie die Gewerkschaften kräftiger dastanden als bei seinem Zutrittreten, so ist das dem Opfermut derer zu danken, die die schwersten persönlichen Schädigungen nicht scheuten. Bebel, der von der Gründung der geeinigten Partei an ihr Führer war, gab ihnen ein leuchtendes Beispiel.

Nachdem von 1890 an das sogenannte „gleiche Recht“ wieder für die Arbeiterorganisationen galt, wurde der Kampf nach außen etwas leichter. Im Innern aber entstanden Reibungen und Differenzen, mit denen eine Reihe von großen taktischen Auseinandersetzungen verbunden waren. Bebel war an der Schlichtung dieser Gegensätze stets führend beteiligt, und fast immer wirkte sein überragender Einfluß vermittelnd und ausgleichend. Im Kampfe gegen die „Jungen“ 1891 war er es, der die Notwendigkeit der praktischen parlamentarischen Gegenwartsarbeit betonte. In den Auseinandersetzungen über die Bedeutung der Gewerkschaften bewies Bebel volles Verständnis für die Entfaltungsbefürfnisse dieser in raschestem Aufblühen begriffenen Organisationen. Unter Bebels Führung wurde den Gewerkschaften von der Partei die volle Selbständigkeit und Gleichberechtigung zuerkannt. Daß in dem heftigen inneren Streite, der auf die Wahlen von 1903 folgte und seinen Höhepunkt im Dresdener Parteitag fand, bei Bebel die Neigung zur Verständigung durch eine gereiztere Stimmung zurückgebrängt wurde, ist auf Momente zurückzuführen, die nicht im persönlichen Wesen Bebels ihre Erklärung finden, vielmehr noch bei genaueren Erforschung bedürfen. In den späteren Taktikdebatten, besonders in denen über die Budgetbewilligung, hat Bebel es bei aller scharfen Betonung der Prinzipienwahrung an der Versöhnlichkeit nicht fehlen lassen, und wäre es auf ihn allein angekommen, so würde die Entscheidung über diese Frage in weniger harten Formen getroffen worden sein. In frischer Erinnerung ist, wie Bebel in den letzten Jahren auf den Parteitagen wiederholt den Ultraradikalismus ablehnte und zum Beispiel 1909 in Leipzig die Erklärung abgab, daß er sich für die Zustimmung zu der damals gescheiterten Erbschaftsteuerumlage ausgesprochen haben würde, wenn er zur Zeit der Fraktionsberatung im Reichstag gewesen wäre. Der Eindruck, den diese kurze Erklärung auf den ganzen Parteitag machte, zeigte Bebels weitgehenden persönlichen Einfluß innerhalb der Partei. Die Stimme Bebels war noch von größtem Gewicht, auch als er nicht mehr in der Lage war, durch seine glänzende Rhetorik, die ihn zum größten Parlaments- und Volksredner zugleich machte, die Hörer zu gewinnen. Das gewaltige Maß von Vertrauen, das der aus dem Wolke hervorgegangene Arbeiterführer in jahrzehntelangen opferreichen Kämpfen erworben, war selbst dann nicht zu erschüttern, wenn seine Ratschläge dem und jenem nicht einleuchten wollten. Man wußte, daß seine Überzeugung den lautersten Beweggründen entsprach und gestützt war auf eine reiche Erfahrung.

Nicht minder hervorragend wie als Redner und Parteiführer war Bebel als Schriftsteller. Neben zahlreichen kleineren Schriften, die Streitfragen des Tages behandelten und in großen Auflagen abgesetzt wurden, entstammen seiner Feder die Bücher: „Charles Fourier“ sowie „Die Frau und der Sozialismus“, ein Buch, das mehr als fünfzig deutsche Auflagen erlebte, in sieben fremde Sprachen übersetzt wurde und der Sozialdemokratie zahllose neue Anhänger erworben hat. Mit großem Interesse wurden von Freund und Gegner auch die beiden Bände der Memoiren Bebels entgegengenommen, die bis jetzt erschienen sind. Mit dem angekündigten dritten Bande ist er leider nicht mehr fertig geworden. Der Tod hat dem Unermüdbaren die Feder aus der Hand genommen.

Ein überaus reiches Kämpferleben hat seinen Abschluß gefunden. Bis in sein hohes Alter hinein ist Bebel seine temperamentvolle Kämpfernatur treu geblieben. Der Greis im Silberhaar spottete der Gebrechen des Alters, von denen er nicht verschont blieb und gab sich geistig als ein Jüngling, der die Älteren zum Kampfe anspornete. Der Kampf für die Ziele des Klassenbewußten Proletariats, dem er sein Leben widmete, hat seine Früchte getragen. Die Geschichte nennt uns keinen Mann, der im politischen Kampfe so große Erfolge errungen hätte wie August Bebel. Ein Millionenheer sozialistisch denkender Arbeiter gedenkt in Dankbarkeit der großen Dienste, die Bebel ihm geleistet. In der Geschichte der Menschheit aber wird der Name August Bebel nie erlöschen.

Die Lohnklausel.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich immer häufiger ein...

Man hat es also mit einer autoritären Lohnregelung zu tun...

Anders ist nicht zu übersehen, daß sich daraus mancherlei...

Ungeachtet dieser Wichtigkeit drängt sich von selbst die...

Die Lohnklausel ist auch die Vorgängerin von Mindestlohn...

Ein u. a. zu unerschöpfendes Mittel hierbei ist die Lohnklausel...

Ist nur eines: Da die Unternehmer ihren Herrenstandpunkt auf den...

7. Internationaler Metallarbeiterkongreß.

(Abgehalten zu Berlin am 6. und 7. August 1913.)

Am Vorabend der Eröffnung des Kongresses hatte die Berliner...

Die Eröffnung des Kongresses erfolgte am 6. August...

Reichel, der zweite Vorsitzende, eröffnete darauf den Kongreß...

Auch ein anderer Punkt scheint mir jetzt angezeit zu sein...

In diesem Sinne habe ich die Delegierten der ausländischen...

Die Einsetzung einer Mandatsprüfungskommission folgte...

- 1. Bericht des Sekretärs. 2. Diskussion darüber. 3. Beratung über den Ausbau der gegenseitigen Beziehungen...

Darauf trat die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Es berichtet zunächst die Mandatsprüfungskommission...

Den Vorschlag übernimmt hierauf Wallis (England) mit einer...

Es wird in die Verhandlung des ersten Punktes der Tagesordnung...

Seine befinden sich überall fremdländische Unternehmungen...

Der Vorsitzende schlägt vor, den Bericht der Kontroll-

Schneberger (Schweiz) berichtet, daß er Zahlen nicht zu...

Davis (England) beantragt, dem Sekretär für seine Müh-

In der weiteren Diskussion wird von Schneberger ange-

Der französische Metallarbeiter gegen das spätere Erscheinen...

# Das Monument des Eisens.

Inmitten der Betonbauten auf der Internationalen Bauausstellung zu Leipzig erhebt sich ein Bau, der in Aussehen, Konstruktion und Material auffallend von seiner Umgebung abweicht. Es ist das Gebäude, worin der Stahlwerks-Verband und der Verein deutscher Brücken- und Eisenbau-Fabriken ihre Sonderausstellungen untergebracht haben. Red, selbstbewußt hebt sich dieser Bau von seiner Nachbarschaft ab. Wenn man sich nur von ästhetischen Rücksichten leiten lassen will, so kann man wohl sagen, das Gebäude (Haus kann man dieses eigenartige Bauwerk nicht gut nennen) passe nicht recht in seine Umgebung, es „fügt sich nicht hinein“, wie das Schlagwort heutzutage lautet. Wenn man aber den Zweck des Gebäudes ins Auge faßt, so müssen die Bedenken zurücktreten. Es sollte die Bedeutung des Eisens als Baumaterial im engeren Sinne des Wortes gezeigt werden, und dies sollte selbstverständlich auch im Aussehen zum Ausdruck kommen. Daher der eigentümliche, tempelartige Bau, von dem wir beifolgend eine Abbildung bringen.

Die Grundfläche des Gebäudes ist ein regelmäßiges Achteck von 600 Quadratmeter Inhalt. Auf dem Erdgeschoß erhebt sich ein kleineres oberes Geschoß, das einen Saal enthält, der bis in die Kuppel reicht; um den Saal herum läuft noch ein Gang. Infolgedessen steht es von außen so aus, als ob das Gebäude zwei Stockwerke hätte. Es ist gebaut worden nach einem preisgekrönten Entwurf, der das Kennwort „Monument des Eisens“ trug und von der Firma Breeft & Co. in Berlin im Verein mit den dortigen Architekten Bruno Lutz und Hoffmann eingereicht wurde. L-Träger von größten Abmessungen bilden die äußeren Ranten des Hauses. Ein Mauerwerk ist als wesentlicher Baubestandteil überhaupt nicht vorhanden, Eisen und Glas bilden den ganzen Bau. Den Abschluß bildet eine vergoldete Kugel von neun Meter Durchmesser. Abgesehen von dieser Kugel ist nichts auf den äußeren Schmuck des Hauses verwandt worden. Die Erbauer lassen nur „das Material reden“, wie man zu sagen pflegt. Wenn man das Gebäude durch die Haupttür betritt, so kommt man in einen Empfangsraum von ähnlich strengem Charakter, wie ihn das ganze Gebäude hat. Der Fußboden ist aus weißem Marmor, die Wände sind mit glasierten bunten Kacheln bedeckt. Man kommt dann zunächst in den Wandelgang, der sich um das ganze Untergeschoß zieht. Es wird in diesem versucht, dem Nichteisenschmann einen Begriff von der Entstehung des Eisens zu geben. Zunächst sind Proben von Kohle und Erz ausgestellt; an den Wänden hängen Pläne und Abbildungen von Kohlenzechen, statistische Tafeln führen den Nachweis von der großen Bedeutung Deutschlands in der Kohlenförderung. In der Koksherstellung zum Beispiel wird Deutschland nur von den Vereinigten Staaten übertroffen. Diese lieferten 1911 32,85 Prozent der ganzen Weltproduktion, Deutschland 25,51, Großbritannien 19,39. Die deutsche Koksproduktion stieg im Laufe von etwa 20 Jahren von 6,7 Millionen Tonnen im Jahre auf 29,1 Millionen Tonnen. Dieselbe Stellung nimmt Deutschland in der Eisenerzförderung ein. 1911 wurden in den Vereinigten Staaten 44,3 Millionen Tonnen gefördert, in Deutschland 29,9, in Frankreich 16,3 und in Großbritannien 15,8 Millionen Tonnen. Spanien, Rußland, Schweden und Österreich-Ungarn folgen in weiterem Abstände. Wie bekannt, braucht Deutschland mit seiner glänzenden Industrie auch viel Eisen aus dem Ausland. Solches wird den deutschen Hüttenwerken aus Schweden, Spanien, Frankreich, Rußland, ja aus Algier zugeführt. Es handelt sich dabei hauptsächlich um hochwertige Erze. Die deutschen Hochofen produzierten im Jahre 1885 nur 4,3 Millionen Tonnen Hoheisen, 1912 dagegen 17,9 Millionen Tonnen. 1910 betrug der Wert der in Deutschland (ohne Luxemburg) verbrauchten Rohstoffe: in den Hochofenbetrieben 605 Millionen, in den Eisen- und Stahlgießereien 185 Millionen, in den Schweißereien (Rudbel-)Betrieben 22 1/2 Millionen, bei der Produktion von Flußeisen und Flußstahl 848 Millionen, in den Walzwerken 1246 Millionen Mark. In den Werken des Stahlwerksverbandes ist ein Kapital von über 2 1/2 Milliarden Mark angelegt. Es wird hier noch viel mehr interessantes Zahlenmaterial geboten. Die Mehrzahl der Besucher geht allerdings achtlos daran vorbei. Höchstens werfen sie einen Blick auf das große statistische Bild von Hanns Hertendell, worauf versucht wird, Einfuhr, Ausfuhr, Verbrauch und Produktion der deutschen Zechen, Hütten- und Walzwerke durch geeignete Abbildungen zu veranschaulichen.

Erbaut von Breeft & Co., Berlin.

borf ausgestellte moderne Walzenstraße zu sagen. Gepulvt, poliert und blankgemacht! Immerhin ist dieses Modell sehr interessant, und wenn einer der freundlichen Aufseher es in Betrieb setzt, so ist es gewöhnlich dicht von Zuschauern umlagert. Es zeigt gezeigt, wie der Stahlblock von der Rippvorrichtung gekippt und von den Transportwagen der Blockwalze zugetrieben wird. Die Walzen sind verstellbar und auch die Wendevorrichtung fehlt nicht. In einiger Entfernung steht die Schere, die den Stab zu Knüppeln zerschneidet. Das Modell ist fünf Meter lang und in 1/30 der natürlichen Größe ausgeführt. Eine solche moderne Blockwalzenstraße kostet ungefähr eine Million Mark. Man ist mit ihr imstande, einen Stahlblock von 120 bis 140 Zentnern Gewicht in sieben bis acht Minuten zum

sonders großen Raum ein — für Laien ohne Zweifel ein besonders interessantes Schauspiel. Wenn der Magnet schwere Stücke hebt, um sie auf andere Stücke niederfallen zu lassen, damit diese zum Zwecke des Einschmelzens zerschlagen werden, so halten sich die Arbeiter in respektvoller Entfernung. Es erhebt uns fraglich, ob die Arbeiter zu anderen Zeiten soviel Zeit dazu haben und ob sie nicht besonders instruiert worden sind, in diesem Falle die Unfallverhütungsvorschriften besonders genau zu befolgen. Auch die Tätigkeit des Chargierens im Martinwerk (siehe bei den Zuschauern) rufe der Bewunderung aus. Es ist allerdings fraglich, ob alle ebenso entzückt wären, wenn sie die Hitze gesehen müßten, die die Martinöfen ausströmen. Daselbst mußten wir bei der Vorführung der Thomasbirne denken. Wer hier nur nach dem Film urteilen will, ahnt nicht, welche Hitze die Arbeiter ausstehen, die den Kalkzuschlag in die Birne werfen müssen. Sollte man dies nicht auch mittels einer Vorrichtung machen können? Vermutlich gemühtlich sieht auch das Ausgießen der Stahlmasse in die Kokillen aus — für den, der sonst keine Ahnung vom Betrieb hat.

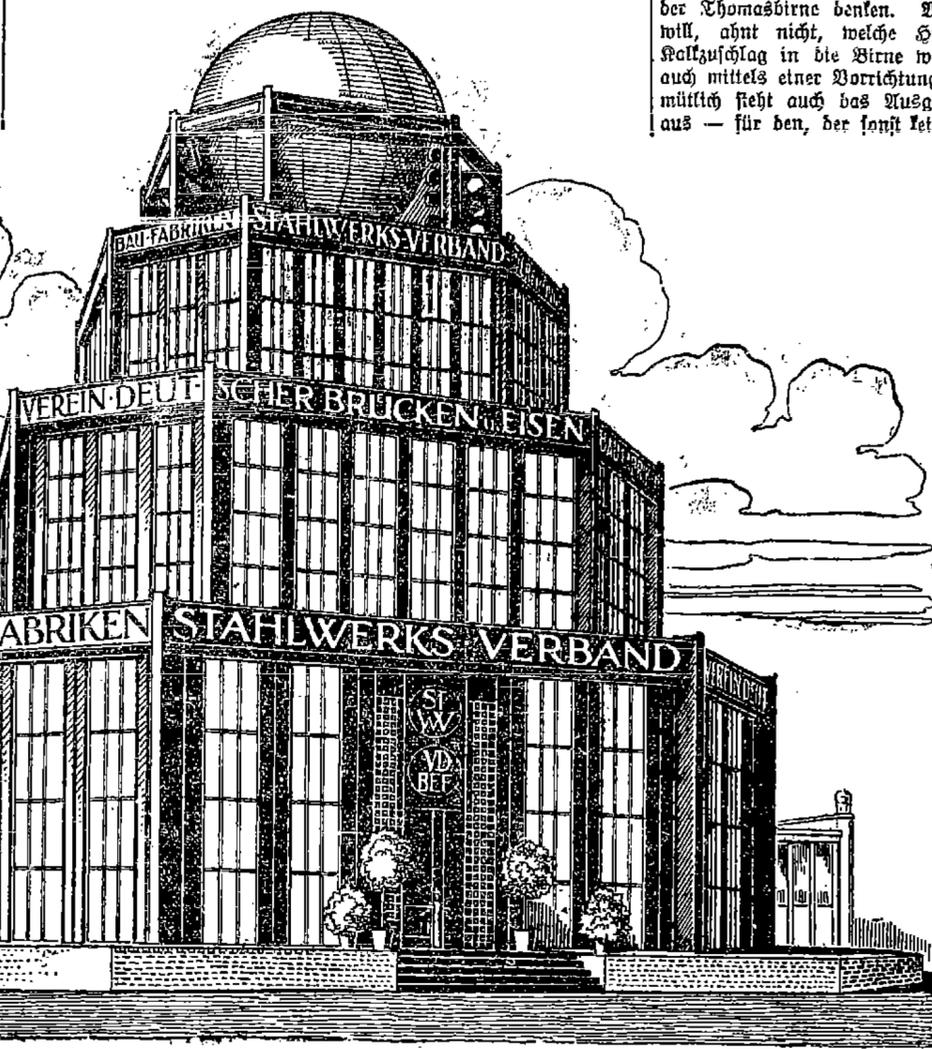


Abbildung nach Phot. von Dr. Zrenker & Co., Leipzig-Stätterth.

Sehr anständig wurde das Auswalzen der Stahlblöcke gezeigt. Der Walzvorgang ist aus nächster Nähe aufgenommen worden. Interessant ist es zu beobachten, daß auf dem vorgeführten Film, unmittelbar bevor der Block durchs erste Kaliber geht, ein Arbeiter kurz vor dem glühenden Block über die Walzenstraße hinwegspringt. Ob der Mann das wohl zu seinem Vergnügen getan hat? Von der Bearbeitung des Eisens in der Werkstatt konnte natürlich nur sehr wenig gezeigt werden. Man sah hauptsächlich Schneiden und Biegen von Trägern, Bohren (wobei die Bohrer selbst am Ende des Trägers aufliegen), autogen Schneiden, Nieten etc.

Das Auffüllen von Eisenbauwerken bietet natürlich ebenfalls Gelegenheit zu manchem interessanten Bilde. Es wurde zunächst ein Film gezeigt, der bei der Errichtung der neuen Bahnhofshallen in Leipzig aufgenommen worden war. Unter anderem sah man auch zwei Arbeiter, die ohne jede Schutzvorrichtung in luftiger Höhe ihre Arbeit verrichten mußten. Bei diesem Bilde meinte der Vortragende, diese Arbeit sei gefährlich, sie komme aber nicht oft mehr vor. (?) Weitere Aufnahmen waren beim Bau einer neuen zweigleisigen Eisenbahnbrücke über den Main bei Frankfurt gemacht worden, unter anderem das Einfügen des Schlüsselstückes in einen Brückenbogen. Auch hier sahen wir manche sehr gefährliche Situation und Pantierung für die Arbeiter.

Die Beschauer können aus diesen Bildern und aus denen im Glasbildersaal viel über die Gefährlichkeit der

Arbeit in der Eisenindustrie lernen, obgleich man es — was wir den Ausstellern ja nicht abnehmen wollen — im allgemeinen vermeiden hat, diese Gefährlichkeit besonders deutlich zu zeigen. Auf ein Bild müssen wir aber besonders aufmerksam machen, denn es zeigt, wie die Arbeiter es nicht machen dürfen. Es befindet sich in der Abteilung 9 des Glasbildersaales und zeigt eine Hochofenanlage im Aneufingen. Es wird eine größere Brücke gebaut. Arbeiter stehen hoch oben auf den wogerechten Trägern völlig frei, ohne jede Schutzvorrichtung. Das Tollste haben aber zwei Mann auf den Kränen geleistet. Auf dem Kran rechts ist einer der Ausleger hinauf bis in die Nähe des Fläschenzuges geklettert; ihn übertrumpft aber der Mann auf dem Kran links, indem er bis ans äußerste Ende des Auslegers geklettert ist und dort mit beschrankten Armen aufrecht steht. Wenn auch zuzugeben ist, daß die Arbeiter sich extra für die photographische Aufnahme so waghalsig gruppiert haben, so sind es doch braver Künste, die sie besser unterlassen.

Auch die fünf Gemälde, die im Gebäude hängen, verdienen von jedermann eingehend betrachtet zu werden. Von Professor G. E. Wöhle in Düsseldorf sind drei im unteren Umgang. Sie stellen ein Hüttenwerk, ein Thomasstahlwerk und ein Walzwerk dar. Auf zwei weiteren Gemälden, die im oberen Saal hängen, brachte Fritz Gärtner (Schloß Mallinrodt bei Weiter an der Ruhr) seine Eindrücke vom Hochofen und von der Schmelzfabrik zum künstlerischen Ausdruck. Soweit wir uns ein Urteil erlauben können, sind sämtliche Gemälde großartig gelungen, nur das zuletzt genannte zeigt nach unserm Urteilmittel eine verwirrende Fülle von Einzelheiten und scheint reichlich bunt ausgeführt. Im übrigen zeigen diese Gemälde aufs neue, welche wunderbaren Motive die Industrie der bildenden Kunst zu geben vermag.

Wir haben hier versucht, unseren Kollegen einen kleinen Überblick vor dem zu geben, was man im „Monument des Eisens“ alles sehen kann. Wer Gelegenheit hat, die Leipziger Bauausstellung zu besuchen, kann hier einige lehrreiche Stunden erleben und sicher trotz er getrene dem Spruche zustimmen, der in der Empfangshalle in großen Buchstaben angebracht ist und lautet: „Wir Eisen nicht gefunden, noch taptten wir in Nacht.“ Wir können nicht den Anstehen der alten Griechen zustimmen, die ihr sagenhaftes goldenes Zeitalter mit ewigem Frühling für das Schönste hielten, wo „weber Straße noch Furcht“ war und Menschen und Tiere von den Früchten des Feldes und des Waldes lebten. Dann kam angeblich das silberne, das schon nicht mehr so gut war wie das goldene, aber doch besser als das dann folgende, das eiserne. Das letzte Zeitalter aber war das eiserne und in ihm brach jeglicher Frevel hervor. In ihm stehen wir noch, aber wir erblicken auch schon den Ausweg und ein Mittel, ein besseres Zeitalter zu erreichen, seien wir in demselben Eisen, das, als Waffe verwandt, ein so brauchbares Werkzeug zur Unterdrückung der Menschen geworden ist. Das Eisen wird aber auch dazu beitragen, die Menschen wieder freizumachen, denn gerade die Weltentwicklung der Technik wird mit dazu helfen, schließlich den Kapitalismus unmdglich zu machen. Die Arbeiterschaft hat Ursache, alles zu vermeiden, was dieser Entwicklung entgegensteht und alles zu tun, was ihr vorwärtsbringt, sei es auf gewerkschaftlichem, politischem oder genossenschaftlichem Gebiete. Dies prebigt uns das Monument des Eisens und es lehrt uns sogar noch den Wert des Zusammenstufens auf neue, denn in der Empfangshalle steht noch ein Spruch. Er ist vom Stahlhof in Düsseldorf übernommen, er paßt aber auch für uns Arbeiter und alle sollten ihn beherzigen. Er lautet:

Wo ni to hoop hew staen,  
Gael uns noch nims wat daen.

Stabe auszuwalzen. In 20 Stunden leistet die Anlage bis zu 800 Tonnen. Und alles wird bedient von ganzen vier Mann, die auf einer Schaltbühne stehen und „weiter nichts zu tun haben“, als ihre Handräder zu drehen. Allerdings wird jeder, der ein bisschen Einblick hat, ohne weiteres überzeugt sein, daß diese Arbeiter nach der leider noch üblichen Schicht von zehn Stunden auch ganz elend abgepannt sein müssen. Da weiß man schon nach einer achtstündigen Schicht, daß man etwas getan hat.

Weiter sind noch in Modellen ausgestellt: ein Dock, Krane, der Telefonturm von Nauen, eine Schwebefähre, die Breslauer Kaiserbrücke (auf der wohl alle Teilnehmer an unserer letzten Verbandsgeneralversammlung manchen Schritt liegen haben) mit ihrer sinnreichen Kettenverankerung. Dieses Modell ist von der Firma Otto Wöh, Werstätten für Präzisionsmechanik und Elektrotechnik in Breslau, angefertigt und bis in die kleinste Einzelheit genau dem Original nachgebildet worden. Im unteren Raum befinden sich ferner noch Modelle von Wehren und einer Hellinganlage, außerdem noch Abbildungen und Proben von Brückenabakeln, ausgestellt von der Firma Felten & Guillaume. Weitere Brückenmodelle, die zugleich die verschiedenen Brückenysteme veranschaulichen, sind im oberen Saal ausgestellt.

Formen werden sich besonders für die Proben alter Eisen interessieren, die an den Seiten der für die Ausstellung der Modelle gebrauchten Tische herabhängen. Es sind gußeiserne A-min- und O-fenplatten, die zum Teil hübsche Figuren enthalten und sauber gemacht sind. Man hat bis vor kurzer Zeit wenig Wert auf diese Sachen gelegt; was man nicht elysmolz, ließ man verrotten. Der Verein deutscher Eisenhüttenleute hat es dann unternommen, diese immer seltener werdenden alten Gußstücke zu sammeln. Er hat bis jetzt 560 Stück aus verschiedenen Ländern zusammengebracht. Zum Teil sind sie mit Jahreszahlen versehen. Danach stammt die älteste Platte aus dem Jahre 1538; unter den ausgefallenen Stücken ohne Jahreszahl sind aber verschiedene vorhanden, die ohne Zweifel noch älter sind.

### Dritter Bauarbeiterkongress.

Gleich nach unserer außerordentlichen Generalversammlung, am 11. August, begann zu Leipzig der dritte Bauarbeiterkongress, auf dem unser Verband durch 54 Delegierte die 78 000 im Baugewerbe tätigen Mitglieder vertrat. Zusammen waren es 466 Delegierte für 643 236 organisierte Arbeiter des Baugewerbes, die im Kongresssaal der Internationalen Bauausstellung zusammenkamen.

Der Kongress erledigte seine reichhaltige Tagesordnung in zwei Tagen, wobei in der Diskussion eine Beschränkung aufgelegt werden mußte. Das Ergebnis der Tagung kann nur befriedigen. Es wurde in ruhiger, aber um so eindringlicherer Weise dargelegt, wie färglich der Schutz für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter, und wie notwendig eine umfassende reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeitereschutzes ist.

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung:

Die Entwicklung des Bauarbeitereschutzes im letzten Jahrzehnt referierte der Sekretär der Bauarbeiterkongresskommission, Heintze (Berlin). Er wies nach, daß es mit dem Bauarbeitereschutz in den letzten zehn Jahren nur langsam vorwärts gegangen ist und daß die Zahlen über die Unfälle immer noch außerordentlich hohe sind. Die organisierten Arbeiter und ihre Vertreter im Parlament hätten schon immer die Forderung nach einer reichsgesetzlichen Regelung des Bauarbeitereschutzes erhoben. Ein Reichsbauarbeitereschutzgesetz würde eine weitere Entwicklung zur Folge haben, man werde dann, ebenso wie ein Gesundheitsamt geschaffen ist, auch ein Reichsbauamt haben müssen. Die Reichsregierung verweise aber auf die Bundesregierungen. Der gesetzliche Reichsbauarbeitereschutz sei an dem Widerstand des Bundesrats, der Unternehmer und der Berufsgenossenschaften gescheitert. Die Tendenz der Arbeiterkontrollen habe ja durch ein Rundschreiben des Staatssekretärs an die Landesregierungen Umkehrung gefunden. Auf dem Gebiet der Arbeiterbeschäftigung wäre man in Deutschland noch weit zurück. In der Unfallverhütungstechnik sei man in Deutschland auf Beistandsgesetzen angewiesen. Für die Kriegstechnik, für die Entwicklung der industriellen Technik würden ungeheure Summen ausgegeben, für die Entwicklung der Unfallverhütungstechnik habe man kein Geld. Die Bauarbeiterkongresskommission habe ja Vorschläge zur praktischen Anwendung von Schutzvorrichtungen gemacht, die auf der Ausstellung im Hause der Generalkommission dargestellt seien. Das Reichsversicherungsamt müsse eingreifen und die Berufsgenossenschaften in diesem Sinne drängen. Die Unfallverhütung müsse durch Reichsgesetz oder Landesverordnungen nach bestimmten Normen geregelt werden, die schon vom letzten Bauarbeiterkongress aufgestellt wurden. Heintze unterbreitete folgende Resolution:

Der Dritte Bauarbeiterkongress wiederholt die in der Resolution auf dem Bauarbeiterkongress in Berlin im Jahre 1903 formulierten Ansprüche an die reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeitereschutzes.

Wenn der Kongress auch anerkennt, daß auf Drängen der Bauarbeiter durch eine Anzahl Verordnungen und Verbesserungen der Unfallverhütungsvorrichtungen die Behörden und Berufsgenossenschaften den Versuch unternommen haben, den Unfallgefahren im Baubetrieb entgegenzuwirken, so ist leider die Wirkung dieser Maßregel durch die ungenügende Kontrolle der Vorschriften beeinträchtigt. Die Verordnungen nehmen vielfach mehr Rücksicht auf das finanzielle Interesse der Unternehmer als auf den Schutz der Arbeiter.

Die Unfallverhütung ist nach wie vor eine so erhebliche, daß in erheblicher Weise den schwereren Umständen im Baugewerbe begegnet werden muß.

Der Kongress bedauert deshalb, daß die Bauarbeiter heute noch bergeblickt auf die reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeitereschutzes warten müssen. Ohne reichsgesetzliche Regelung bleibt der Bauarbeitereschutz nur Stückwerk und ohne Mitwirkung der Arbeiter an der Kontrolle des Bauarbeitereschutzes ein leerer Schein.

Wiederholt hat die Bauarbeiterchaft auf ihren Kongressen und in ihrer Presse auf diese beiden Grundlagen der Forderungen für den Bauarbeitereschutz hingewiesen, ohne in Unternehmertreue oder bei der Reichsregierung Zustimmung zu ihrem berechtigten Verlangen auszusprechen. Der Kongress protestiert gegen die weitere Verögerung der zum Schutze der Bauarbeiter geforderten gesetzlichen Maßnahmen. Er erblickt in dieser Mißachtung des Verlangens der Bauarbeiter die Verkörperung einer dringenden Aufgabe der Gesetzgebung zum Schutze der von Unfallgefahren fortgesetzt schwer bedrohten Arbeiterchaft.

Er richtet deshalb aufs neue an die Regierung und die Gesetzgebung das dringende Verlangen, endlich die Maßnahmen für einen wirksamen Bauarbeitereschutz zu ergreifen, damit dem leichfertigen Spiel mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter im Baugewerbe ein Ende bereitet wird.

Bis zum Erlaß eines Reichsbauarbeitereschutzgesetzes fordert der Kongress: daß die Bundesregierungen den Schutz der Bauarbeiter durch Landesverordnungen wahrzunehmen haben.

Au dieses Referat schloßen sich zwei Vorträge über das Thema:

#### Die Unfallgefahren im Baugewerbe.

Der erste Referent, Binzig (Hamburg), behandelte die Materie mehr allgemein, während der zweite Referent, unser Kollege Reichel (Stuttgart), besonders die Eisenbahnarbeiten und ihre Gefahren für die Arbeiter erörterte. Aus den allgemeinen Betrachtungen der Referenten haben wir hervorzuheben ein zahlenmäßiges Bild der Unfälle in den einzelnen Branchen gegeben, bedauern sie, vor allem sei notwendig, die Unfallzahlen zu veranschaulichen, Vorbeugungsmaßregeln zu treffen. Wer ist an den Unfällen beteiligt? Die Arbeiter haben unter der Unfallgefahr am meisten zu leiden. Für den Arbeiter ist die Frage der Bannung der Unfallgefahr eine Frage seiner Existenz. Die Unfälle haben grausame Folgen. Sie rufen bei den Betroffenen oft eine zeitliche Depression hervor. Welcher Verlust an Lebensfreude, welcher Verlust an Zukunft ist, der Vermögenden erschaufen! Dieser Verlust kann nicht durch eine noch so gute Sozialgesetzgebung ersetzt werden. Neben den Arbeitern haben die Unternehmer die menschlich-jährliche Pflicht, für die Unfallverhütung zu bestimmen. Der Unternehmer ist der Herr des Baues, er hat die Verantwortung dafür zu tragen, was auf dem Bau passiert. Nicht nur aus menschlich-jährlichen Gründen müssen die Unternehmer für die Verhütung der Unfallgefahren einstreten, sondern auch aus wirtschaftlichen Momenten. Die Verhütung des gewerkschaftlichen Streikens ist ein wichtiger Bestandteil der Unfallverhütung und aus rein geschäftlichen Gesichtspunkten. Die Unternehmer haben oft für weitere Verbesserungen nur Lohn und Spott übrig. Aber nicht nur das Unternehmertum ist an der Unfallverhütung interessiert, sondern auch die Allgemeinheit, die Bevölkerung der öffentlichen Gesundheit. Die Behörden haben nach der Staatsverfassung die Pflicht, über das Gesundheitswohl zu wachen, ihnen entspricht auch die Pflicht, im Interesse des Gemeinwohls nicht nur Maßnahmen zu den Bauarbeiten, ihre Augen nicht zu verschließen vor diesen Mißständen. Es kann den Behörden nicht gleich sein, wenn die erwerbsfähigen Männer durch die Unfälle dezimiert werden. Die Verhütung der Unfallgefahren wäre ein herrliches Kapitel für diejenigen, die eine Lösung der Beschäftigten haben können. (Sehr richtig!) Viele der neuesten Unfälle wären nicht geschehen, wenn diese drei Faktoren: Arbeiterchaft, Unternehmer und Behörden ihre Schuldigkeit getan hätten! Nicht nur die Unternehmer, auch die Behörden haben die Pflicht, sie haben unter dem Einfluß der bestehenden Klasse. Die Behörden haben ja schon jetzt Maßnahmen getroffen, wie die Einführung von Schutzvorrichtungen und polizeiliche und die Maßnahmen unter großer Kontrolle. Erst durch unsere Vereinen ist die Regierung beauftragt, etwas zu tun. Beim Erlaß der Regierungsvorordnungen mag der gute Wille der Regierung ausreichten, ebenso sehr mag aber der gute Wille der Behörden bei der Durchführung dieser Bestimmungen begünstigen. Die Zeit der gemeindlichen Unfälle ist abgelaufen, die Zeit der entschuldigenden Unfälle jedoch gesunken. Es kann aber auch noch geschehen, daß die Berufsgenossenschaften

die Rentenquoten stärker antworten. (Sehr richtig!) Die Fortschritte auf dem Gebiet des Bauarbeitereschutzes könnten besser sein, wenn die Behörden mehr Ernst dafür aufwänden, die Erlasse durchzuführen. Nur so viel, wie sie aufwenden für die Durchführung des § 153 der Gewerbeordnung. Dann wären wir mit dem Bauarbeitereschutz schon weiter. Wir fordern von den Berufsvereinen, unsere Tagung zur Veranstaltung zu nehmen, um mit erneutem Eifer, mit ganzem Ernst ihrer Pflicht zu genügen. Den Behörden rufen wir zu, sie sollten mehr Ernst zeigen, die Drückerstränge auf dem Papier der Erlasse zur Wirklichkeit auf dem Bau zu machen. Nicht weit von hier steht das Völkerschlachtdenkmal. In den letzten dreißig Jahren sind im Bau nicht weniger getötet und verletzt worden, als die Zahl der Toten war, für die das Denkmal gesetzt ist. Für diese Opfer der Arbeit zeugt aber kein Denkmal. Wir wollen dafür sorgen, daß ihre Zahl geringer wird, unsere Kollegen aufrufen zur guten Tat. (Stürmischer Beifall.)

In der Debatte über diese drei Referate schilderten die Vertreter der verschiedenen Organisationen die Unfallgefahren in ihrem Verufe und wiesen auf die zahlreichen Mißstände hin. Ihre Ausführungen bildeten so eine wichtige Ergänzung der Referate. Einstimmig nahm der Kongress dann die von den Referenten vorgelegten Entschlüsse an.

In der Resolution von Binzig richtet der Kongress „an alle Berufsvereine, insbesondere an die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden sowie an die Berufsgenossenschaften, die ernsthafte Mahnung, der Unfallgefahr im Baugewerbe erneut und nachdrücklicher entgegenzutreten und dabei auch den Forderungen und Anregungen aus der Bauarbeiterchaft Gehör zu schenken. Ganz besonders betont der Kongress, daß die besten und kostgünstigsten Vorschriften wenig bedeuten, wenn nicht die dauernde Sorge hinter ihnen steht, ihre Befolgung durchzusetzen. Daneben ersucht der Kongress die deutschen Bauarbeiter und ihre Organisationen, der Unfallverhütung ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und ihren nicht geringen Einfluß für die Durchführung der bestehenden Schutzvorschriften einzusetzen. Seinen Auftragsgebern, den deutschen Bauarbeitern, legt der Kongress dringend ans Herz, die Sorglosigkeit und Gleichgültigkeit auf den Arbeitsstätten gegenüber der Unfallgefahr zu bekämpfen, wo sie sich findet, und bei ihrer täglichen Arbeit daran zu denken, daß sie selbst mit Leib und Leben jede Außerachtlassung der Gefahren zu verantworten haben. Selbst wenn Behörden und Berufsgenossenschaften ihre Pflichten den Mahnungen des Kongresses beschließen, wird dessen Arbeit nicht vergeblich gewesen sein, sofern sich nur die Arbeiter des Baugewerbes mit neuem und größerem Eifer und zäher Ausdauer die Unfallverhütung angelegen sein lassen.“ (Schluß folgt.)

### Die außerordentliche Generalversammlung

unseres Verbandes hat klar und unzweideutig zu erkennen gegeben, daß das Gesetz, das die organisierten Metallarbeiter sich selber gegeben haben, auch in der Werftarbeiterbewegung gelten soll. Von diesem Prinzip ist sie nur insofern abgewichen, daß sie den in den Streit getretenen Kollegen doch noch die Unterstützung bewilligte. Wir haben dies zu respektieren. Soweit wir bis jetzt die Sachlage übersehen können, herrscht diese Meinung auch allgemein vor. In dankenswerter Weise unterstützen die Parteiblätter der Werftarbeiter die Ausführung des Beschlusses, indem sie den Streitenden in eindringlicher Weise klarzumachen suchten, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, dem Beschlusse zu folgen. Wenn hierbei auch einige Bemerkungen über die Gewerkschaftsverhältnisse u. s. w. gefallen sind, deren Richtigkeit wir nur teilweise anerkennen können, so ist jetzt nicht die Zeit, darüber zu rechten.\*

Wer noch im Zweifel sein könnte, daß der Beschluß der Generalversammlung auf Wiederannahme der Arbeit richtig war, dem werden die Zweifel wohl schwinden angesichts der Hoffnungen, die die Schlichter an diese Generalversammlung knüpften und der Mut, die sie jetzt haben, nachdem ihre Hoffnungen durch das Ergebnis der Generalversammlung bestätigt sind. Auch der „Christlichen“ Presse merkt man deutlich den Mangel an, den der Beschluß ihr verursacht hat. Leider fehlt es uns an Raum, um auf Einzelheiten eingehen zu können. Vielleicht ist es uns möglich, einiges davon nachzuholen. Daß die verschiedenen anderen auch-Arbeiterorganisationen, die hauptsächlich von dem Streit leben, der gegen die Zentralen und die lokalen Gewerkschaftsleitungen vertritt wird, nun auch glauben, die Gelegenheit sei gekommen, daß auch sie ein mageres Süppchen Lachen können, ist selbstverständlich.

Eine sonderbare Entgleisung passierte der am 10. August abgehaltenen Generalversammlung des sozialdemokratischen Kreisvereins für Niederbarnim. Es wurde über den Massenstreik diskutiert und dabei auch unser Artikel „Poppliar und Pulvertoden“ in Nr. 33 in die Debatte gezogen. Da meinte einer anderer die Genossin Luxemburg (nach dem Bericht des Vorwärts vom 12. August), „da sich die Metallarbeiter-Zeitung gesteuert habe, Kritik an Beschlüssen der Partei zu üben, so könnten auch wir uns gestatten, den Verbandsbeschlüssen zum Werftarbeiterstreik zu kritisieren“. Demgegenüber erwiderten wir uns folgendes schriftlich: Die Parteipresse übt schon seit vielen Jahren ausgiebig Kritik am Gewerkschaftswesen und zum Teil erfolgt diese Kritik durch Parteigenossen, denen eine vollständige Information über den kritisierten Gegenstand dringend zu wünschen wäre. Das Recht zur Kritik des Gewerkschaftswesens an sich wird niemand der Parteipresse bestreiten. Was kein Recht ist, was aber doch dem andern billig ist und folglich auch auf die Gewerkschaftspresse und mit ihr das Organ des Metallarbeiter-Verbandes das Recht haben, auch einmal einen Parteibeschluß zu kritisieren. Es kommt noch in Betracht, daß die Gewerkschaftspresse nur einen viel kleineren Raum zur Verfügung hat als die Parteipresse und schon aus diesem Grunde die Partei nicht so ausgiebig kritisieren kann wie die Parteipresse die Gewerkschaften. Es hat sich aber doch eingebürgert, daß man der Presse auf beiden Seiten einen gewissen Spielraum läßt, was unseres Erachtens auch kein Fehler ist. Nun ist aber die Metallarbeiter-Zeitung nur ein Verbandsorgan, der Niederbarnimer Kreisverein aber eine Parteiförperschaft. Die Stellungnahme der Genossin Luxemburg wäre beachtlich, wenn unsere Verbandsgeneralversammlung sich erkennen hätte, Parteibeschlüsse zu kritisieren. Es ist also ein wesentlicher Unterschied vorhanden und es sollte eigentlich nicht nötig sein, die Genossin Luxemburg auf ihn aufmerksam zu machen.

Letztere Konsequenz über das Gewerkschaftswesen und besonders über die Berliner gelben Vereine wäre aus dem Genossen Stadthagen zu ziehen, was es ist bedauerlich, daß ein Redakteur des Vorwärts so ungenau über eine so wichtige Sache informiert ist. Der Genosse Schwarzburger glaubte ohne Zweifel etwas sehr Gefährliches zu tun, als er die von Stadthagen entworfenen (siehe unten) zu folgender Resolution veränderte:

Die Generalversammlung bedauert, daß die außerordentliche Generalversammlung der Metallarbeiter der Hamburger Zeitung, welche die Anerkennung des Werftarbeiterstreiks forderte, abgelehnt hat. Diese

\* Eine Frage an die Redaktion des Berliner Volksboten können wir aber doch nicht mitteilen. Sie polemisiert gegen den Kollegen Schlichter und behauptet, daß verfehlt worden sei, daß die Proklamierung des Streiks die Werftarbeiter nicht vor die vollendete Tatsache zu stellen. Da erlauben wir uns die Frage: Die ist es zu erklären, daß am Abend des 15. Juli 1904 in der Hamburger Gewerkschaftshaus bekannt war, am nächsten Tage würden in Stettin die Arbeiter die Arbeit einstellen? So war ungefähr ist das doch nicht möglich gewesen und es müssen doch irgend welche Einflüsse im Spiel gewesen sein.

Ablehnung birgt die Gefahr in sich, daß die gelben Werktvereine, welche immerwährend bekämpft werden, zu einer noch größeren Gefahr für die freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung werden können und damit in der Arbeiterchaft eine Stimmung erzeugt wird, die der Propagierung der Massenaktion den Weg versperren.“

Um aber den Niederbarnimer Genossen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, müssen wir noch bemerken, daß diese Resolution viel und begründeten Widerspruch fand. Angenommen wurde sie mit 93 gegen 71 Stimmen. Der Vorwärts vom 11. August bemerkte dazu:

„Selbstverständlich wird man in Partei- und Gewerkschaftskreisen vielfach geteilter Meinung über den Beschluß des Metallarbeiterverbandes zum Werftarbeiterstreik sein. Aber es ist unserer Ansicht nach nicht Sache einer Parteiorganisation, durch einen Beschluß in eine gewerkschaftliche Angelegenheit einzugreifen, die zurzeit noch nicht völlig erledigt ist. Wir bedauern es deshalb, daß die Generalversammlung von Niederbarnim einen Beschluß gefaßt hat, der als ein Liebergraben auf das Zuständigkeitsgebiet einer Gewerkschaft aufgefaßt werden kann, wenn er auch nicht so gemeint ist. Ueber den Werftarbeiterstreik und was damit zusammenhängt wird sicherlich noch manches Wort gesagt werden. Lassen wir das aber, bis die Angelegenheit abgeschlossen ist und tragen wir im jetzigen Augenblick nichts bei zur Erregung der Gemüter der Beteiligten.“

Der Genosse Stadthagen sah sich an folgenden Tage veranlaßt, seine Stellungnahme durch die Erklärung abzuschwächen, daß nach seiner Meinung durch die Resolution nicht in eine Gewerkschaftsangelegenheit eingegriffen werden sollte. Im allgemeinen können wir aber mit Genugtuung feststellen, daß die Parteipresse gegen die Resolution der Niederbarnimer Stellung nimmt, zum Teil in scharfen Ausdrücken. Ohne Zweifel gehen diese Parteiblätter von der richtigen Erwägung aus, daß durch solche Resolutionen unseren Kollegen an der Wasserfront die Befolgung des Generalversammlungsbeschlusses nur erschwert wird. Wir brauchen uns deswegen wohl nicht weiter damit zu beschäftigen.

Selbstverständlich liegt es uns fern, in Abrede zu stellen, daß in unserm Verband noch manches zu verbessern ist. Aus den Ereignissen soll man lernen, und wo sich herausstellt, daß etwas Verbesserungsbedürftig ist, da wäre es töricht, sich gegen die Verbesserung zu wehren. Sicher wird auch dieser Kampf zu vielen Verbesserungsmaßnahmen anregen. Mögen sie alle sachliche Würdigung finden. Dann werden wir auch in Zukunft fortschreiten, wenn auch nicht immer in so gewaltigen Schritten, wie wir sie schon zu tun Gelegenheit hatten. Dann wird auch der Deutsche Metallarbeiter-Verband seiner Aufgabe fernerhin gerecht werden, eins der Werkzeuge zu sein zur Erhebung der Arbeiterklasse!

Unter den Presseäußerungen verdient ein anscheinend ebenfalls vom Genossen Adolf Braun herrührender Artikel mit dem Ueberschrift „Metallarbeiter, Parteipresse und Werftarbeiterbewegung“ in Nr. 186 der Frankfurter Tagespost vom 11. August besondere Beachtung. Wir lassen ihn deswegen im Wortlaut folgen.

„Es muß eine dramatisch bewegte Generalversammlung gewesen sein, diese erste außerordentliche, die der Metallarbeiter-Verband bezeichnet hat. Wohl die genauesten Kenner der im Verbands wirkenden Genossen werden ein Gefühl der Unsicherheit gehabt haben über die Wirkung der Verhandlungen. Wir freuen uns über das Ergebnis der Generalversammlung: Man hat das nach der Verfassung des Metallarbeiter-Verbandes notwendige beschlossen, und doch auch den Interessen der Werftarbeiter Rechnung getragen, schweres Unheil abgewendet von der ganzen Metallarbeiterchaft, und doch wieder, nicht an den Buchstaben hängend, kameradschaftlich das Gesetz zum Vorteil der Streitenden ausgelegt. So sind die Beschlüsse dieser Generalversammlung ein Beweis von Klugheit, sie haben gleichzeitig Energie und Rücksicht erwiesen, man hat das Prinzip festgehalten und doch hoffentlich niemanden abgelehnt.“

Aber über diese wohl begründete Genehmigung über den Verlauf der Generalversammlung wollen wir uns doch nicht verhehlen, daß diese so erfreuliche Beschlusfassung trotz ihrer Notwendigkeit doch nur überaus schwierig zustande kam. Nur ganz wenige Stimmen hätten anders abgegeben werden müssen und dieser kluge Beschluß wäre nicht zustande gekommen. Das, was beschlossen wurde, steht in vollem Einklang mit der Haltung, die unser Blatt in dieser Frage eingenommen hat. Uns trifft nicht der Vorwurf, der auf der Generalversammlung zur Erklärung der aufgeregten Stimmung in der Metallarbeiterchaft erhoben wurde, daß die politische Presse der Arbeiter nicht genügend Aufklärung vorbereitet hat. Wir glauben leider, daß dieser Vorwurf sicherlich nicht unbegründet ist. Wir hätten manches in der Haltung unserer Parteipresse anders gewünscht, aber das Wort, daß man „zuerst vor dem eigenen Hause lehren solle“, gilt auch für den Metallarbeiter-Verband. Hat die politische Presse der Arbeiter verfaßt, so in weit höherem Maße das Gewerkschaftsorgan der Metallarbeiter.

Wir vermeiden sehr gerne Wortkriege und wir polemisieren nicht, wenn es uns nicht unbedingt notwendig erscheint, aber gerade in diesem Falle muß schon ausgesprochen werden, daß der Vorwurf gegen die Parteipresse, so sehr er bedauerlicherweise richtig ist, unverhältnismäßig stärker gegen das Organ der Metallarbeiter anzuhängen wäre. Zwei Nummern der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung erschienen vor der außerordentlichen Generalversammlung; in der vorletzten Nummer, die die Aufforderung zur Wahl der Delegierten brachte, konnten wir kein Wort über die Werftarbeiterbewegung, kein Wort zur Erklärung des Standpunktes des Hauptverbandes, zur Widerlegung der gerügten Anschauungen in der Parteipresse finden. Und in der letzten Nummer, die vor der Generalversammlung erschien, findet man an derselben Stelle wohl zwei Ausführungen aus der ausnahmslos kritisierten Parteipresse, aber wiederum keine Meinung des Vorstandes der Metallarbeiter und der Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung. Gerecht ist auch wirkungsvoll wäre die Kritik der Parteipresse durch den Hauptvorstand der Metallarbeiter gewesen, wenn er selbst die Mängel, die so deutlich auffallen, eingestanden hätte.

Es hat seit langer Zeit kein Problem der Arbeiterbewegung gegeben, das die Arbeiterchaft in so hohem Maße erregt hat, wie der Konflikt der Werftarbeiter mit dem Hauptverband. Hier wäre es Verpflichtung gewesen, alles zu tun, um die Parteipresse richtig zu unterrichten. Wäre das von Anfang an geschehen, dann wären auch nicht so bedauerliche Entgleisungen vorgekommen, wie auf der am Sonntag stattgefundenen Kreisgeneralversammlung des sozialdemokratischen Kreisvereins für Niederbarnim, auf der nach einem Referat der Genossin Rosa Luxemburg das Bedauern beschlossen worden war,

daß auf dem Metallarbeiterverbandstage der Hamburger Antrag gegenüber dem streikenden Werftarbeiter abgelehnt worden ist. Diese Ablehnung birgt die Gefahr in sich, daß die „gelben“ Werktvereine, welche immerwährend bekämpft werden, zu einer noch größeren Gefahr der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung werden können, und damit in der Arbeiterchaft eine Stimmung erzeugt wird, die der Propagierung der Massenaktionsidee den Weg versperren.“

Mit Recht wendet sich der Vorwärts, wie uns eine Privatdepesche aus Berlin berichtet, gegen diesen Beschluß, der eine Einmischung der Partei in die Gewerkschaftsangelegenheiten bilde, die nicht zumutenswert erscheine.

Man beklagte sich, daß die Parteipresse die Wolffschen Depeschen, also die des offiziellen Telegraphenbureaus, abgedruckt habe. Da gegen hätte es ein vorzügliches Mittel gegeben. Nämlich das, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband eben selbst an die Parteipresse telegraphisch Bericht erstatten hätte. Wir haben die Wolffschen Depeschen nicht abgedruckt, aber wir begreifen vollkommen, daß die Parteipresse, die werden, daß die bürgerliche Presse unterdrückt wird und sie nicht unterdrückt wird, von den vorliegenden Informationsmöglichkeiten Gebrauch machen. Der Metallarbeiter-Verband mußte

sch sagen, daß man in den Redaktionen sein Einverständnis mit dieser Berichterstattung des offiziellen Depeschensbüros vermuten konnte, weil er ihm keine eigene Berichterstattung entgegengestellt hat. Vielleicht wird diese Werftarbeiterbewegung, die so manches nachdenkliches gezeitigt hat, über das man ja nicht gerade heute schon schreiben muß, auch Besserung schaffen in bezug auf die Berichterstattung an die von den Arbeitern geleiteten Zeitungen.

Möglichst viel Aufklärung zu schaffen, möglichst zu eigenem Urteil die Mitglieder zu erzähren, das ist eine große, das ist eine notwendige Aufgabe, wie wiederum die außerordentliche Generalversammlung gezeigt hat. Sicherlich liegt aber auch wiederum nicht die Schuld allein an dem Metallarbeiter-Verband. Sie liegt auch an der Parteipresse, in der über gewerkschaftliche Probleme nicht immer mit dem Verständnis und mit der Klarheit geurteilt wird, wie wir das im Interesse der Parteipresse und ihrer erzieherischen Aufgaben wünschen. In vielen Redaktionen hat man sich bei diesen großen Fragen weit mehr von Stimmungen als von nüchternen Erwägungen beherrschen lassen, weit mehr das Gefühl und eine sehr sympathische Solidarität als den Verstand und die höheren Notwendigkeiten einschätzen lassen. Bei der hohen Bedeutung, die das Gewerkschaftswesen heute für jeden Arbeiter und für das organisierte Proletariat als Ganzes hat, muß von der Parteipresse ein gerüttelt Maß von gewerkschaftlicher Urteilskraft und Verantwortlichkeit verlangt werden.

Über wieder muß man sagen, daß man die eigenen Fehler eingestehen muß, wenn man auf die fremden hindeuten will. Der Vorliegende der außerordentlichen Generalversammlung der Metallarbeiter hat in der letzten Berliner Metallarbeiterversammlung über den Werftarbeiterstreik auch weit mehr der Stimmung seiner Zuhörer Rechnung getragen, als den Notwendigkeiten der Gewerkschaftsbewegung, wie der unabweisbar gebliebene Bericht des Vormärts klar gezeigt hat.

Wir haben beide aus dem Verlaufe des Werftarbeiterstreikes zu lernen: Parteipresse und Gewerkschaftsorganisation. Wir müssen es uns ernstlich vor Augen halten, daß die Wiederholung derartiger Konflikte uns um die eigene Sicherheit, um unser Ansehen und um unsere Erfolgsmöglichkeiten bringen würde. Mit Zufriedenheit gegen den kapitalistischen Feind hat man Kämpfe gewonnen, als das Unternehmertum eine in sich uneinheitliche, von der Freude über die Niederlage des Konkurrenten erfüllte, ungeordnete Masse war. Heute, wo wir den bestorganierten, den reichsten, operbereiten und nicht den momentanen Erfolg, sondern den dauernden Gewinn suchenden Unternehmern gegenüberstehen, wird diese Taktik, wie sie von den Hamburger Werftarbeitern versucht wurde, fast ausnahmslos mit Niederlagen enden bei aller Bewunderung, die Stimmungsmenschen für die Verbe des Angriffs gehabt haben mögen.

Wir wollen uns hüten, bei aller Genugtuung über die Beschlüsse der außerordentlichen Generalversammlung die Arbeitseinstellung der Werftarbeiter als Beispiel zu betrachten. Wir wollen auch nicht abwägen die Aussichten einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen, und wir wollen nicht den Gedanken über die Mitgliederbewegung der Werftarbeiter in den Werftarorten während der kommenden Monate nachhängen. Es ist deshalb schwer, heute diese Beschlüsse zu kommentieren. Hoffentlich kann man bald die Genugtuung aussprechen, daß die Disziplin im Metallarbeiter-Verband gestärkt wurde durch die Beschlüsse der außerordentlichen Generalversammlung. Daß mit der Fortführung dieses Streikes kein Erfolg erzielt werden kann, sollte rückhaltlos gesagt werden. Man soll auch zu der Ueberzeugung erziehen, daß eine große Arbeitseinstellung nicht bloß nach den Wünschen und der Stimmung der betroffenen Arbeiter proklamiert werden darf, daß man auch das Gesamtinteresse der Berufsgenossen und alle lokal oft nicht festzustellenden Möglichkeiten und Wirkungen mit in Rechnung ziehen muß. Man muß sich auch klar werden, daß Streikversammlungen nicht als eine Gelegenheit zu Experimenten mit der Massenagitation benutzt werden dürfen, daß — was auch sonst nicht geschehen soll — die anders Denkenden nicht eingeschüchtert werden sollen. Man muß sich klar sein, daß desto aussichtsreicher eine Lohnbewegung sein wird, je besser die Möglichkeit einer vollständig nüchternen, alle in Betracht zu ziehenden Momente erwägenden Erörterung und Beschlußfassung gesichert ist. In der Regel fehlt es an diesen Voraussetzungen bei der Beschlußfassung über Streiks durchaus nicht. Man hat diese Voraussetzungen in unseren Streikreglementen zu garantieren gesucht.

Man hat die so folgenschwere Bewegung in den Werftarorten unter Außerachtlassung dieser Vorkehrungsmaßnahmen durch eine kräftige Stimmungsmacherei durchgeführt. Die ganze Entstehung des Werftarbeiterstreikes widerspricht vollkommen der Übung, zu der unsere Gewerkschaften auf Grund langjähriger Erfahrung und oft recht böser Erfahrungen gekommen sind. Zu diesen bösen Erfahrungen gefell sich nun eine neue und schwere, die nicht geächtet werden darf zu den sonst so reichen Ruhmesblättern unserer Parteigenossen an der Waterkant.

Einmal hat ein wichtiger Mann gesagt, daß die Fehler dazu da sind, daß sie gemacht werden, das heißt man soll sich trösten über Fehler, denn niemand ist ja fehlerlos, jedem kann es geschehen, daß er Fehler macht, und man soll mit den Vorwürfen sparsam sein. Also man soll das den Arbeitern auf den Werften nicht nachtragen, daß sie uns einmal gründlich enttäuscht haben. Über Fehler sind auch dazu da, daß man aus ihnen lerne. Deshalb muß man bei aller kameradschaftlichen Gesinnung auch sagen, daß das nicht wiederholt werden darf, was den Zusammenbruch dieser Werftarbeiterbewegung erzwungen ließ und vorbereitet hat. Nichts ist falscher, nichts ist weniger sozialistisch, nichts ist vor allem weniger marxistisch, als die Nachgiebigkeit gegen jede Stimmung, mag sie noch so revolutionäre Gestalt annehmen. Den Blick auf das Ganze gerichtet zu haben, das Gesamtinteresse der Arbeiter zu wahren, bei dem Gollen und Standen jeder Gruppe der Arbeiter von ihr zu fordern, daß sie sich eingelebter fühlt in das Masseninteresse der Arbeiterschaft, das ist wirklich sozialistisch, das heißt wirklich den Lehren eines Karl Marx folgen, mögen auch Leute, die von der Gewerkschaftsbewegung nur sehr nebelhafte Vorstellungen haben, mit Verurteilung auf Marx den Beschlüssen der außerordentlichen Generalversammlung der Metallarbeiter ihren Widerspruch entgegenstellen. Die außerordentliche Generalversammlung hätte großes Unheil über die Arbeiterbewegung Deutschlands gebracht, wenn sie so entschieden hätte, wie es die Niederbarnimer Genossen gewünscht haben.

Wir hoffen, daß diese Niederbarnimer Beschlüsse ein einmaliges Unheil außerhalb der Reihe bleiben werden. Es wäre verhängnisvoll, wenn zu allen Fehlern noch der Säme, daß man über diese gewerkschaftlichen Fragen in den Kreisen der politischen Organisationen das letzte Wort sprechen wollte. Die Gewerkschaften sind Manns genug, sich selbst über die Fehler klar zu werden.

Wenn es nicht leicht hat die außerordentliche Generalversammlung ausgesprochen, indem sie die Kosten dieser verfahrenen Streikbewegung übernommen hat. Nun gilt es neu aufzubauen, nun gilt es die Fehler zu vergessen, mit Klugheit und zur richtigen Zeit auch mit Kraft das zu erringen, was man dann eines velleicht unglücklich gewählten Zeitpunktes und eines überhäumenden Gefühls bei zurücktretendem Verstand im Augenblicke nicht erzwingen konnte.

Mögen nach den schweren Aufregungen und nach den düsteren Sorgen bald durch Klugheit und Kraft errungene Erfolge den Werftarbeitern und dem Metallarbeiter-Verbande gesichert sein.

Da die Fränkische Tagespost mit ihrer Kritik bei der Metallarbeiter-Zeitung anfängt, so sei zunächst darauf eingegangen. Wir sollen verstaht haben und sogar noch in weit höherem Maße als die politische Presse der Arbeiter. Dazu müssen wir bemerken, daß wir uns nicht nur bei dieser, sondern auch schon bei früheren großen Bewegungen unseres Verbandes, wo allgemeine Verhandlungen mit den Unternehmerorganisationen stattfanden, Zurückhaltung auferlegt haben. Daß die Bewegung berechtigt ist, ist allemal schon dadurch anerkannt, daß unser Verbandsvorstand sie genehmigt hat. Es erübrigt sich darum, noch viele Worte darüber zu machen, um so mehr, als sowohl jetzt wie früher es bei den beteiligten Verhandlungsleuten einer besonderen Anfeuerung nie-

mals bedurfte. Da lag die Sache regelmäßig so, daß sie lieber heute als morgen die Arbeit niederlegen wollten. Außerdem ist die Metallarbeiter-Zeitung doch auch das Organ des Verbandes, der bei diesen Bewegungen am meisten beteiligt war, und was wir schreiben, muß natürlich mehr ins Gewicht fallen, als die Äußerungen anderer, nicht unmittelbar beteiligter Arbeiterblätter. Diese können sich denn auch mehr gehen lassen, wir aber haben Grund zur Besorgnis und glauben auch, daß wir den großen Bewegungen unseres Verbandes damit nicht geschadet haben. Wenigstens hat man uns deswegen noch niemals Vorwürfe gemacht. Sollte indessen bei künftigen Kämpfen die Situation eine Änderung unserer Taktik gebieten, wollen wir, so werden wir nicht verfehlen.

Wenn die Metallarbeiter-Zeitung allerdings als Nachrichtenblatt dienen soll, so muß sie notwendigerweise verlagern, denn als ein Wochenblatt, dessen erste Seiten aus technischen Gründen schon acht Tage vor der Ausgabe vollständig fertiggestellt werden müssen, kann es bei der heutigen schnellen Aufeinanderfolge der Ereignisse in den Arbeiterkämpfen natürlich nicht mitkommen und muß sich in der Hauptsache darauf beschränken, die hervorragendsten Ereignisse zu registrieren.

Ihre besondere Mißbilligung spricht die Fränkische Tagespost noch über folgendes aus:

Wir sollen erstens in der vorletzten Nummer der Metallarbeiter-Zeitung vor der außerordentlichen Generalversammlung kein Wort über den Werftarbeiterstreik, kein Wort zur Erklärung vom Standpunkt des Hauptvorstandes und zur Widerlegung der geäußerten Anschauungen in der Parteipresse gebracht haben.

Gemeint ist unsere Nr. 31. Dazu ist zu bemerken, daß wir in dieser Nummer sehr wohl etwas gebracht haben (Seite 249). Es mag sein, daß dies der Fränkischen Tagespost nicht lang oder nicht schmeckvoll genug war; schließlich hängt dies aber auch mehr oder weniger von Geschmack und Temperament ab. Obendrein meinten wir, daß der Standpunkt der Gewerkschaftsvorstände (unserer allein kam nicht in Betracht) in der Erklärung vom 21. Juli deutlich genug zum Ausdruck gekommen sei und keines Kommentars bedürfte. Ebenso hatte es nach unserer Meinung in diesem Falle keinen praktischen Wert (wenigstens momentan nicht), in einem Blatte, das frühestens am 31. Juli in die Hand eines Teils seiner Leser kommen konnte, gegen unzutreffende Äußerungen in Parteiblättern zu polemisieren, um so mehr, als ja doch alles von den Ereignissen überholt zu werden pflegt.

Zweitens sollen wir in der letzten Nummer vor der Generalversammlung (32) „an verdorrteter Stelle wohl zwei Anführungen an der ausnahmslos kritischen Parteipresse, aber wiederum keine Meinung des Vorstandes der Metallarbeiter und der Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung gebracht haben“.

Antworten wir der Reihe nach. So „verdorrt“ ist nach unserer Meinung die Stelle (mitten in der Zeitung) doch nicht gewesen. Auf die erste Seite konnten wir die „zwei Anführungen“ aus dem schon erwähnten technischen Grunde nicht bringen. Ferner erschienen uns die zwei Preisäußerungen, so wie die Situation einmal liegt, als viel wirkungsvoller, als wenn unser Vorstandsvorstand oder wir selbst etwas geschriebe hätten und wenn es auch denselben Inhalt gehabt hätte. Wenn wir diese Zitate aus der Bremer Bürger-Zeitung und der Fränkischen Tagespost, oder gar die Einsendungen unserer Hamburger Kollegen verstimmt hätten, leblich um selbst noch etwas loslassen zu können, so wäre dies doch wohl ein noch größerer Fehler gewesen.

Zustimmen müssen wir allerdings dem Vorwurf, daß die Berichterstattung an die Presse hätte besser sein können. Wir können dies um so eher, als wir selber darunter zu leiden hatten. Wie sollen wir etwas schreiben, wenn möglicherweise zur selben Zeit an der Wasserfronte etwas vorgeht, was vielleicht ganz entgegengesetzte Maßnahmen erfordert? Das eine wollen wir aber doch nicht außer Acht lassen: Vor Bluffs und Schwindeln nachrichten aus bürgerlicher Feder kann auch ein noch so gut organisierter Nachrichtendienst der beteiligten Gewerkschaften nicht schätzen. In diesem Falle ist die Geschichte so gekommen, daß eine Entschlüsselung hunderttausend Mark kostet, außer dem Lohnausfall der beteiligten Arbeiter, der in die Millionen geht. Die Fränkische Tagespost rügt nun, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband nicht selbst an die Tagespresse telegraphisch berichtet hat. Um was handelt es sich? Bis zum 17. Juli war von den Unternehmern die Antwort gefordert worden. Am 16. kam das unrichtige Telegramm, daß die Werftarbeiter die nachgesuchten weiteren Verhandlungen abgelehnt hätten, zu einer Zeit, wo die Gewerkschaftsvorstände selber noch keine Antwort hatten und auch erfahrungsgemäß nicht anzunehmen war, daß die Antwort vor dem 17. eingeht werde. Sollten die Vorstände am 16. die Entschlüsselung voraussehen und an die Parteipresse telegraphieren: „Die Unternehmer haben noch nicht geantwortet.“? Die Berichterstattung des Wolffschen Telegraphenbureaus ist schon oft genug in der Parteipresse getadelt worden. Um so bedauerlicher ist es, daß in diesem Falle die betreffenden Parteiblätter sich dessen nicht erinnerten.

Ohne Zweifel wird bei künftigen Kämpfen von solcher Ausdehnung ein ähnlicher Schwundel wieder versucht werden, zu dem Zwecke, die Einigkeit der kämpfenden Arbeiter zu stören. Selbstverständlich werden die Gewerkschaften alles aufzubieten müssen, um dem entgegenzutreten. Hoffentlich werden dann aber auch die Parteiblätter ohne Ausnahme für solche Bestrebungen das nötige Verständnis haben.

Was sonst noch in dem Artikel über das Zusammenarbeiten von Parteipresse und Gewerkschaften gesagt wird, unterschreiben wir sehr gerne und wünschen, daß es beherzigt werde. Besonders sympathisch ist uns die Aufforderung, daß möglichst viel Aufklärung geschaffen und die Mitglieder zu eigenem Urteil erzogen werden. Leider gibt es bei unseren modernen großen Kämpfen gegen ein raff organisiertes Unternehmertum oft Situationen, wo man den Massen der beteiligten Kämpfer noch nicht gleich alles sagen darf. Gewöhnlich ist die Sache so einfach, daß jedermann die Wichtigkeit der von der Streikleitung empfohlenen Maßnahmen ohne weiteres einsehen würde, wenn ihm der vollständige Sachverhalt klar gemacht werden könnte. Dies kann aber oft nicht geschehen, weil dann zugleich die Unterehemer unsere Absichten erfahren würden (selbst dann auch, wenn sich unter den Kämpfern kein Spitzel befindet), was unter allen Umständen vermieden werden muß. Leider kommen gerade in der Metallindustrie solche Situationen besonders oft vor und mancher Konflikt zwischen „Massen und Führer“ ist lediglich daraus entstanden. Wenn dann obendrein noch von gewisser Seite das vielberufene Wort zitiert wird: „Seht euren Führern auf die Finger“, so wird die Sache nicht besser.

Die in dem Artikel enthaltenen Äußerungen gegen den Kollegen Cohen haben diesen zu folgender Antwort veranlaßt:

„Werter Genosse!

Gelesen wird mir hier in Stuttgart, wo ich im Auftrage der Generalkommission an der Generalversammlung der Typographen teilnehme, die Nummer 186 Ihres gefächerten Blattes überreicht. Aus dem im allgemeinen sehr gut geschriebenen Leitartikel ersehe ich, daß Sie mir wegen angeblich ungenügend präziser Haltung in der Berliner Mitgliederversammlung in Sachen Werftarbeiterdifferenz Vorwürfe machen.

Dieser Vorwurf trifft mich zu Unrecht. Daß ich den Bericht des Vormärts nicht berichtigte, will nicht sagen. Nur selten berichtigte ich Berichte über meine Ausführungen. Wollte ich dies in allen Fällen

tun, käme ich aus den Berichtigungen nicht heraus. Daß ich in unserer Mitgliederversammlung über meine Stellung zu der Differenz auf den Werften keinen Zweifel ließ und auch den klaren gewerkschaftlichen Standpunkt in dieser Frage zum Ausdruck brachte, geht daraus hervor, daß ich rückhaltlos die Differenzen auf den Werften allesamt als „lokale Streiks“ bezeichnete, und wie ich zu wilden Streiks stehe — nur darüber ist sich in Berlin jedes unserer Mitglieder im Klaren.

Uebrigens dürfen Sie bei den Nürnberger Delegierten Erklärungen über meine Haltung auf der Generalversammlung einziehen, ich bin überzeugt, daß Sie nichts daran auszufehen haben werden.

Um einer Stimmung Rechnung zu tragen, meine Meinung nicht klar vorzutragen, ist niemals von mir geübt und werde es auch in Zukunft nicht tun.

Daß übrigens die Redaktion der Fränkischen Tagespost sich mit mir in Uebereinstimmung befindet, geht daraus hervor, daß am Schluß des Leitartikels in Nummer 186 das besonders gelobte wird, was auf der Generalversammlung auf meinen Vorschlag hin beschlossen ist. Daß ich diesen Vorschlag in der Berliner Mitgliederversammlung nur andeutete, ging aus tatsächlichen Gründen nicht anders und dürfte Ihnen auch ohne weiteres als selbstverständlich erscheinen.

Mit Parteigruß  
Wolff Cohen.“

Dazu bemerkt die Fränkische Tagespost: „Wir freuen uns, daß dieser Bericht des Vormärts nicht gestimmt hat. Wir glauben, daß Genosse Cohen gut getan hätte, seine Ausführungen klarzustellen.“

## Zur Lohnbewegung der Arbeiter auf den Seeschiffswerften.

### Im Zentralverband der Kupferschmiede

wollte der Vorstand eine außerordentliche Generalversammlung einberufen. Damit diese recht bald zusammenzutreten könne, hatte der Vorstand bei den Filialen die Zustimmung erbeten, daß die Delegierten, die die letzte in Steftin tagende Generalversammlung bildeten, auch in der außerordentlichen Generalversammlung als Verbandsvertreter gelten sollten. Nachdem aber eine ganze Anzahl Filialen nicht nur die Vorschläge des Vorstandes ablehnten, sondern auch einige Filialen gegen eine auf diesem Wege einberufene Generalversammlung Protest einlegten, nahm der Vorstand von der Einberufung einer Generalversammlung Abstand. Der Verband war nur an 7 Orten mit 448 Mitgliedern betitelt.

### Angebliche Ausschreitungen Streikender.

Die streikenden Kollegen haben unter sich gute Ordnung gehalten. Um so mehr mußte es darum auffallen, daß ein Teil der bürgerlichen Presse plötzlich von „Ausschreitungen“ gegen Arbeiter zu reden anfing. Die Presse berichtet, daß sich am Abend des 10. August auf der Großen Freiheit in Altona (an der Hamburger Grenze) abgespielt haben sollten. Die Post, das bekannte Berliner Scharfmacherblatt, das trotz seiner vielen Blamagen unentwegt weitergeschwindelt, besonders wenn es gilt, der Arbeiterbewegung etwas anzuhängen, faßte sogar von einem „an Randbiedensbruch grenzenden Aufruhr“. Nach dem im Hamburger Echo vom 13. August enthaltenen Bericht von Augenzeugen hat es sich dabei lediglich um einen Straßenunfall gehandelt, wie er leider in jener Gegend nicht selten vorkommt. Zwei betrunkene junge Leute sind aus einer der dortigen Gastwirtschaften gekommen, sind auf der Straße umhergetorkelt, bis ein Polizeibeamter den einen nach der Waage führen wollte. Das war dem Beamten allein aber nicht möglich, weshalb er durch seine Signalfeste Hilfe herbeirief. Bis die Sistierung nach der Waage möglich wurde, hatte sich, wie das in dieser Gegend ebenfalls leicht erklärlich ist, eine größere Menschenansammlung gesammelt, die auch den Transport nach der Waage begleitet hat. In welcher Weise die Polizeibeamten mit Leuten aus dem Publikum in Streit geraten sind und auf welche Weise es zu Tätlichkeiten gekommen ist, das haben wir nicht zu untersuchen und braucht deshalb nicht erörtert zu werden. Aber festgestellt muß werden, daß der ganze Menschenauflauf sowie die Verhaftungen mit den Streikenden gar nichts zu tun haben; mindestens liegt der Sache kein Streitt zwischen Streikenden und Arbeitswilligen zugrunde, wie es von der bürgerlichen Presse hingestellt wird.

### Die Wiederaufnahme der Arbeit.

So schnell wie möglich haben die beteiligten Kollegen in den Werftarorten zum Beschluß der Generalversammlung Stellung genommen. Am 12. August geschah es in Flensburg, am 13. in Kiel und Steftin, am 14. in Hamburg und Bremen. Wenn es auch zu den Selbstverständlichkeiten gehört, daß die Mitglieder unseres Verbandes die Beschlüsse seiner Generalversammlungen befolgen müssen, so verdient die Bereitwilligkeit, mit der es in diesem Falle geschehen ist, doch Anerkennung. Es ist kein leichtes Opfer. Hoffen wir, daß es nicht umsonst gebracht ist! In Flensburg stimmten in einer sehr stark besuchten Versammlung nur 7 oder 8 Betiteltige dagegen. In Kiel erfolgten schon am 13. August Einkünfte, ehe noch die Versammlung stattgefunden hatte. Die Vertrauensleute der Gernantawerft hatten den Arbeiterauschuß beauftragt, mit der Direktion über die Wiederaufnahme zu verhandeln. Direktor Buschfeld teilte dem Auschuß mit, daß bis zum Ende der Woche auf Beschluß des Unternehmerverbandes täglich nur 200 Mann eingestellt werden sollten, weil man nicht wisse, ob die Wiederaufnahme der Arbeit auch an den anderen Orten erfolge. Am 16. August würden die Unternehmer zusammenkommen und weitere Beschlüsse fassen. Der Arbeiterauschuß möchte am 18. morgens 8 Uhr zur Direktion kommen, wo ihm die Beschlüsse mitgeteilt werden sollten. Darauf hielten die Vertrauensleute am 14. eine Sitzung ab, wo sie einstimmig beschloßen, den Streikenden nochmals zu empfehlen, die Arbeit aufzunehmen, soweit es möglich ist. Die Vertrauensleute sollten am Vormittag des 18. wieder zusammenkommen, um zu der Sachlage Stellung zu nehmen. Die Streikenden stimmten in einer Versammlung dem Beschluß der Vertrauensleute zu. In Steftin stimmten 2550 für und 672 gegen die Wiederaufnahme der Arbeit; 84 Stimmen waren unguiltig. In Weddahl waren die Kollegen ebenfalls bereit, gemäß dem Beschluß die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen. Dort sollte am 13. der Arbeitsnachweis wieder geöffnet werden. In Flensburg waren, wo mit Genehmigung des Vorstandes gestreikt wurde, waren die Kollegen natürlich mit dem Beschluß der Generalversammlung ebenfalls nicht zufrieden; schließlich aber fügten sie sich, weil sie einsehen, daß die Bewegung einseitlich geführt werden muß.

Es ist allgemein bekannt, daß so große Betriebe nicht schon am ersten Tage wieder in vollem Gang sein können. Immerhin hatte man nicht erwartet, daß die Unternehmer die Einstellung abichtlich verzögern. Solche Maßnahmen müssen natürlich bei den Arbeitern einen Stachel zurücklassen. Sie stimmen auch sehr zu der sonst bekanten Frühlingsliebe der Unternehmer. Es wird indessen auch noch für die Unternehmer die Zeit kommen, wo sie einsehen müssen, daß es am besten ist, sich zu ergeben.

Aus Hamburg erhielten wir folgenden Situationsbericht:

Der Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, hat naturgemäß in den Kreisen der Werftarbeiter eine ziemlich heftige Erregung hervorgerufen. Wohl erkannten die Werftarbeiter an, daß mit der Arbeitseinstellung ein schwerer Fehler gemacht worden ist — nichtsdestoweniger hoffte man von der Generalversammlung doch noch in der einen oder anderen Weise eine bessere Lösung. Nachdem das Ergebnis der Generalversammlung bekannt wurde, konnte man in den Kreisen der Werftarbeiter sofort Stimmen hören, die für die Aufnahm der Arbeit eintraten. Wenige Tage bedurfte es nur und überall lautete die Parole: Der Beschluß der Generalversammlung muß befolgt werden.

Die auf der Generalversammlung in Berlin so schwer mitgenommenen Werftarbeiter bezeugten damit, daß sie doch nicht ganz so schlimm sind, wie sie hingestellt wurden. Die Ortsverwaltung versuchte nun, über die Wiederaufnahme der Arbeit mit dem Verband der Eisenindustrie zu verhandeln, hierbei trat nun etwas ein, was wir selbst im Stillen nicht befürchteten hatten. Die Werftarbeiter wollten durch den Arbeitsschlichter wieder eingestellt werden. Das hatten wir nicht erwartet, konnten wir nicht annehmen, weil selbst Hermann Blohm bei einer früheren Bewegung dieses Ansinnen als Unflut bezeichnet hatte. War die Wiederaufnahme der Arbeit ohne jegliche Bedingungen schon eine starke Belastungsprobe für die Werftarbeiter, sollte damit allein der Verbandsverband noch nicht leer sein. Der den Homburger Metallarbeitern so verhasste Arbeitsschlichter mußte auch noch mit in den Kauf genommen werden. Alles haben wir versucht, um die Werften zu einer Verringerung dieses Beschlusses zu bewegen. Die Werften hielten sich als „Sieger“ und diktierten nun die Bedingungen. Wir machten darauf aufmerksam, daß rein „sittlich“ die Wiedereinstellung durch den Nachweis große Schwierigkeiten machen müßte. Wir machten ferner auf die große Gefahr aufmerksam, die heraufbeschwoeren würde, wenn die 18 000 Werftarbeiter in ihrer Erregung, durch irgend welche Umstände provoziert, ihrer Erbitterung Luft machten.

Diese Vorstellungen bezweckten lebhaft das eine, die Werften zu erklären, um den großen Andrang zu vermeiden, nach Berufen einzustellen zu wollen. Weiter wurde erklärt, daß jeder an seine Stelle zu dem alten Lohn eingestellt werden sollte.

Nunmehr nahmen wir am Donnerstag den 14. August nachmittags 3/4 Uhr in drei Versammlungen zu der Wiederaufnahme der Arbeit Stellung. Die Kollegen von Blohm & Voß versammelten sich im großen Saal von Sagebiel, die Kollegen der Vulkanwerke im Englischen Garten in Altona und die Kollegen der Reichshütte in der Werft von Stülcken & Sohn, Wiegand, Holz und Janssen & Schmilinsky im Gewerkschaftshaus. Alle drei Versammlungen waren überfüllt. Von den Obleitern der Werften wurde folgende Resolution vorgelegt:

Die heute, am 14. August 1913, versammelten firentenden Metallarbeiter bedauern es, daß sie durch den Spruch der Generalversammlung gezwungen sind, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Die Versammelten weisen die gefälligen Angriffe der Kollegen schlicht und anderer mit Entschiedenheit zurück und geloben, auch in Zukunft stets für die Organisation zu wirken, wie sie es bisher getan haben.

Nach verhältnismäßig ruhiger Auseinandersetzungen wurde allseitig gelobt, der Organisation treu zu bleiben und die Resolution mit überreicher Majorität angenommen.

Vom Verband der Eisenindustrie wurde vorgeschlagen, zunächst die Arbeiter des Schiffbaus einzustellen. Die Wiederaufnahme der Arbeit wurde am Freitag den 15. August begonnen und vollzieht sich bis jetzt in geordneten Formen. Das sind die Syndikalistin die schöne Gelegenheit, als Hyänen des Schlachtfeldes aufzutreten, nicht entgehen lassen würden, was vorauszu sehen. Ein in greifstem Not über ganz Hamburg verbreiteter Versammlungszettel forderte die Werftarbeiter auf, zu einer am Mittwoch dem 13. August stattfindenden Versammlung zu erscheinen, um ein Referat des Herrn Reich Käter anzuhören. Die Werftarbeiter haben den Herren auch das Vergnügen bereitet und sind hingegangen. Der Erfolg dürfte für die Herren ein sehr magerer sein, die meisten die Werftarbeiter doch schon eingeschrieben haben, daß mit Flugblättern und Resolutionen ein Werftarbeiterkampf nicht geführt werden kann.

Alles in allem haben die Werftarbeiter Hamburgs bemerkt, daß sie sich mit Ruhe und Überlegung den auf der außerordentlichen Generalversammlung gefassten Beschlüssen zu eigen machen, allerdings in der Erwartung, daß auch der Teil der Resolution, der von weiteren Verhandlungen spricht, für die Werftarbeiter doch noch etwas bringen wird. Trotz alledem und alledem heißt es für die Hamburger Werftarbeiter: Hoch die Organisation!

Nach den bis zum Vormittag des 18. August uns vorliegenden Nachrichten ist in Sperholz-Scharnbeck die Arbeit vollständig wieder aufgenommen. — Aus Steintin wurde berichtet, daß sich am 16. nicht viele Arbeiter beim Nachweis gemeldet hätten, weil sie auf einer geschlossenen Einstellung ohne den Nachweis fehlten. Erst hatten die Unternehmer auch noch verlangt, daß die Arbeiter sich ärztlich untersuchen lassen sollten. Auf Beschwerde darüber sah sie davon ab.

In Hamburg sollen nach bürgerlichen Meldungen die Unternehmer eine „schwarze Liste“ halten. Würde dieses System in den nächsten Tagen so fortgesetzt, so sei sicher, daß mehrere hundert Werftarbeiter nicht auf ihre Arbeitsstätten zurückkehren werden. Ob alle diese Fälle — vorausgesetzt, daß wirklich soviel vorhanden sind — auch als Arbeitsregeln betrachtet werden können, muß erst eine genaue Untersuchung ergeben.

Polizis Telegraphenbureau (Vorsicht!) meldete am 16. August folgendes:

Bei Mittwoch, 13. August, sind die Arbeitsschlichter an den Werften wieder geöffnet. Es hat sich freudig gezeigt, daß an einzelnen Werften die Arbeitsschlichter teils gar nicht, teils nur in einzelnen Gewerken zur Arbeit zurückgeführt ist. Infolgedessen gehen sich die Arbeitgeber gezwungen, am Mittwoch, 20. August, die Arbeitsschlichter wieder zu schließen, wenn sich im Laufe des Monats und Dienstag nicht an allen Werften die Arbeiter sämtlicher Gewerke den Anforderungen der Arbeitsschlichter entsprechend zur Wiederaufnahme melden.

Sollte diese Nachricht sich bestätigen, so kann man ihr entgegenhalten, daß doch, auch die Unternehmer es in den ersten Tagen der Wiederaufnahme der Arbeit nicht so eilig hatten. Siehe Kiel! Weiter hat man bekanntlich in Hamburg überaus großen Andrang beim Nachweis angebracht vermeiden wollen. Wenn man in zwei Tagen die gesamte Arbeiterschaft wieder zur Stelle sein soll, so wird dies kaum ohne große Schwierigkeiten geschehen können.

In Bremerhaven und Steintin wollen die Unternehmer außer der Nachzahlung der fälligen Miete auch noch die Lohnzahlung am Freitag abhelfen. Sollte dies wahr sein, so wäre auch dies eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die obenbrein um so schwerer ergeht, als sie den Unternehmern nicht einmal Vorteil bringt. Um so mehr wird sie als eine Schikane gegen die Arbeiter. Es scheint danach leider nicht ausgeschlossen zu sein, daß die Unternehmern es darauf angelegt haben, unsere Kollegen zu zwingen, damit sie einen Fehler begehen und sich wiederum ins Recht setzen! Wer können wir warnen, daß die Kollegen auf den Werften dies im Auge behalten und sich wieder durch solche Schikane der Unternehmern, noch durch irgend welche autorisierbare Reflexionen außer Achtung bringen lassen.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachung.**

Um Streitigkeiten zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 24. August der 35. Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 30. August 1913 fällig ist.

Die auf der Ortsverwaltung und Unternehmern... (text partially obscured)

zugunterstützung hat nach den Sätzen der Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit zu erfolgen. Demgemäß muß auf Seite 8 des Statuts statt des Wortes Krankheit das Wort Arbeitslosigkeit gesetzt werden. Bei einem weiteren Neudruck des Statuts wird das geändert.

**Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:**

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Berlin: Der Elektromonteur Walter Hertwig, geb. am 12. Mai 1894 zu Jöhstadt, Buch-Nr. 1,615,210, wegen Unterschlagung; der Schlosser Paul Konzack, geb. am 10. Januar 1879 zu Kottbus, Buch-Nr. 507,295, wegen Markenmanipulation.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Ebersbach: Der Former Johann Pohl, geb. am 30. April 1878 zu Wobornitz, Buch-Nr. 908,630, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Mainz: Der Dreher Mich. Pöpp, geb. am 11. April 1871 zu Rostheim, Buch-Nr. 1,883,804, wegen unfollegem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Solingen: Der Hefepflechter Runo Berger, geb. am 24. April 1878 zu Buchscheid, Buch-Nr. 1,957,904, wegen Unterschlagung und Markenmanipulationen.

**Öffentlich gerügt wird:**

Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Plauen: Der Klempner Johann Pech, geb. am 14. Juni 1878 zu ?, Buch-Nr. 784,594, wegen Schädigung von Verbandsinteressen. Außerdem wird Pech auf die Dauer von einem Vierteljahr von sämtlichen Versammlungen ausgeschlossen.

**Aufforderung zur Rechtfertigung.**

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Einswarden-Nordenham: Der Schlosser Fr. Zimmermann, geb. am 10. September 1885 zu Effen, Buch-Nr. ?, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Effen a. Ruhr: Der Fabrikarbeiter Wam Brendel, geb. am 29. Februar 1888 zu Fradenfeld, Buch-Nr. 1,787,313, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Meissen: Der Former Franz Gummertsch, geb. am 20. Januar 1886 zu Olpe, Buch-Nr. 2,074,249, wegen Betrug und Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Müden i. W.: Der Schlosser Max Mehling, geb. am 18. November 1894 zu Würzburg, Buch-Nr. 1,543,790, wegen Beschuldigung.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Stuttgart: Der Schlosser Rudolf Zimmer, geb. am 4. Januar 1878 zu Schwarzenberg, Buch-Nr. 908,107, wegen Nichtablieferung entliehener Bücher.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Wolfenbüttel: Der Feilerhauer Ernst Henjche, geb. am 26. Juni 1883 zu Mogelberg, Buch-Nr. 2,104,162, wegen Diebstahl. Wo sich derselbe meldet, wolle man sofort die Adresse melden.

**Geführt wurde:**

Buch-Nr. 1,818,103, lautend auf den Schlosser Billy Ludwig, geb. am 18. September 1893 zu Unterhaus. (Gera.)

**Um Angabe ihrer Adresse werden ersucht:**

Der Former Josef Stanofed, geb. am 26. Februar 1893 zu Meuselwitz, Buch-Nr. 1,585,529; der Former Richard Zapf, geb. am 12. März 1894 zu Sangerhausen, Buch-Nr. 1,570,613. Beide sollen in einer dringenden Sache als Zeugen dienen.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röntgenstraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Röntgenstraße 16a; auf dem Postabzweig ist genau zu bemerken, wofür das Geld vererlaubt ist.

Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

**Zur Beachtung! • Zutug ist fernzuhalten:**

- von Draht- u. Blechhaltern nach Difterdingen (H. D.-L. Bergwerk- und Hütten-G.) S.;
- von Drahtwebern nach GutsMuths (Drahtwerk Rheania, Pönsgen & Co.) St.;
- von Drahthaltern nach Selsenkirchen-Schalke (Gutehoffnungshütte, Abt. Vater & Co.);
- von Feilenhaltern u. Feilenherstellern nach Dresden-Potschappel (H. Meißner, Feilenfabrik) St.; nach Gera (Firma Richard Zapf); nach Mühlheim a. Ruhr (H. G. Gera) D.;
- von Formern, Siebereitern und Keramachern nach Darmstadt (Sebr. Höder); nach Düsseldorf-Oberbassel (Stahlwerk Krieger, A.-G.) D.; nach Dattlingen (Henschel & Sohn, Verrichtshütte) D.; nach Merzenburg bei Florheim (Wügeleisenfabrik) St. u. A.; nach Kertlingen (Firma Chr. Vahlke); nach Stolp in Pommern; nach Wickau (H. Zwidaner Eisen- und Stahlgießerei, Inhaber A. Kumpmann) D.;
- von Gießereiarbeitern, Gießern, Drückern und Pressern nach Grefeld (H. F. Z. Dausenberg) D.; nach Hamburg (Firma Bild) D.;
- von Gravieren nach Grefeld (H. F. Z. Dausenberg) D.; nach Frankenberg i. S. (H. Aug. Dippmann & Co.) St.;
- von Heizergehilfen nach Danzig, Langfuhr, Oliva, Joppot und Neufahrwasser, St.; nach allen Orten in Rheinland und Westfalen, St.;
- von Japanschnurhaltern nach Bozen (Firma Krumm & Kruge) W.;
- nach Wiesbaden (H. Döppel) W.;
- von Klempnern, Installateuren und Tischlegern nach Bremen, A. u. nach Dresden, St.; nach Danzig, Langfuhr, Oliva, Joppot und Neufahrwasser, St.; nach Düsseldorf (für Bau-Klempner) St.; nach Frankenthal, R.; nach Plauen (Firma Schütz) St.; nach Steintin, St.; nach Worms (H. Wilhelm E. Hof) W.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Barmer (Firma Fröhlich & Köppl, Maschinenfabrik) D.; nach Braunsberg a. S. (Brennereiwerk) A.; nach Darmstadt (Sebr. Höder); nach Düsseldorf (Firma: Rheania A.-S., Emaillewerke, St.; „Rheinland“) St.; nach Eger (Premiermaschinenbau) St.; nach Erlangen (H. Schuch) St.; nach Frankenberg i. S. (Firma Aug. Dippmann & Co.) St.; nach Glauchau (Kotzenwerke) St.; nach London (H. Siemens Brothers) D.; nach Magdeburg (Firma Gadeburgerwerke) St.; nach Merbau (H. Dittus) St.; nach Nienhansen; nach Pitzau (Kleinmaschinenbau) W.;
- von Schleifern nach Grefeld (Firma F. Z. Dausenberg) D.; nach Merzenburg bei Florheim (Wügeleisenfabrik) St.;
- von Schmiedern (H. u. W.) nach Hamburg-Altona, St. u. nach Homburg, Uhrschleifmaschinen und Remontieren nach Hagenheim bei Kallhanen i. E. (H. Levi Jores) St.;
- von Walzern nach Berlin (H. Bergmann, Carl Wilhelmstr.) St.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die aber... (text partially obscured))

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Anträge in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungstelle, der das Mitglied angehört, abzuempfehlen zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

**Korrespondenzen.**

**Former.**

Saalfeld. Am 13. August sind die Former der Wilhelmshütte ausgesperrt worden. Schon seit längerer Zeit versuchte der Oberingenieur, an einzelnen Stellen die Arbeiter zu reduzieren. Anscheinend ist dies dem Herrn zu langweilig gewesen. Am fraglichen Mittwoch gab er eine neue Anordnung bekannt, in der Abgabe bis 60 Prozent vorgegeben waren. Eine Kommission der Former teilte ihm aber mit, daß doch diese Preise nicht gleich eingeführt werden könnten, da alle Former in Kündigung stehen, also bis zum Ablauf der Frist noch zu den alten Bedingungen gearbeitet werden müßte. Der Herr scheint aber der Ansicht zu sein, daß die Fabrikordnung nur für die Arbeiter gegeben ist. Die Kommission versuchte, bei der Direktion vorstellig zu werden; der Direktor gab auch zu, daß die neue Anordnung erst nach Ablauf der Kündigungszeit in Kraft treten sollte. Anders der Ingenieur: „Der diese Liste nicht sofort anerkennt, ist entlassen!“ Weitere Versuche zu einer Verständigung blieben erfolglos und so verließen sämtliche Former den Betrieb. Zugang nach Saalfeld ist fernzuhalten.

**Klempner.**

Bremen. Die Aussperrung der Klempner ist beendet. Nach wiederholten und langwierigen Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Kommissionen kam am Dienstag dem 5. August nach einer längeren Sitzung ein Vertrag zustande, der in der am Mittwoch abgehaltenen Versammlung der Klempnergehilfen gegen wenige Stimmen angenommen wurde. Der Kampf im Klempnergewerbe hat diesmal länger gedauert denn je. Achtehn volle Wochen haben die Klempnergehilfen gestreikt. Mit Ausdauer und Energie ist auf beiden Seiten gekämpft worden. Die Haulonjunktur war bis jetzt den Klempnergehilfen nicht gerade hold, so daß die Klempnermeister ein leichteres Spiel hatten. Abgesehen von den paar Arbeitswilligen, die ja hinreichend bekannt sind, waren es hauptsächlich circa 120 Klempnermeister, die keine Gesellen beschäftigten oder nur mit einem Lehrling arbeiten, die den größeren Geschäften zu Hilfe eilten und von diesen mit fliegenden Fahnen aufgenommen wurden. Die größeren Geschäfte belamen dadurch ihre Arbeit fertig gemacht und die Klempnermeister hatten wieder einmal ordentlich zu tun. Die größeren Geschäfte unterstützten damit die ihnen sonst recht unliebbare Konkurrenz. Wenn circa 220 Klempnermeister mit ihren Lehrlingen arbeiten, dann kann man verstehen, daß sich ein Kampf in einem solchen Gewerbe so lange hingehen kann. Trotzdem hat man nicht nur gesehen, sondern auch geschäftlich gespürt, daß die Gesellen schkten. Und mancher Meister (mit Ausnahme der Klempnermeister) wird froh sein, wenn die alten, eingearbeiteten und mit allem Bescheid wissenden Gesellen wieder anfangen. Was nun den Erfolg anlangt, so kann von einem großen Sieg nicht die Rede sein, dazu waren die Verhältnisse nicht günstig genug. Wenn wir aber den ersten Meisterentwurf ansehen und ihn mit dem abgeschlossenen Vertrage vergleichen, so haben die Streikenden doch einen Achtungserfolg errungen. Einen Erfolg, der nicht immer erreicht worden ist. Für die ausgeleiterten Gesellen erfolgte eine sofortige Zulage von 3 S., für die übrigen Gesellen eine solche von 6 S. pro Stunde. Am 1. April 1914 erhöhen sich die Löhne sämtlicher Gesellen um 1 S. Diejenigen Gesellen, die schon einen höheren Lohn hatten, erhalten ebenfalls die genannten Zulagen. Der lange Kampf und der Erfolg des Kampfes war selbstverständlich nur mit Hilfe der Organisation möglich. Eine Zersplitterung hat es bis heute im Klempnerberuf nicht gegeben. Überdies, die dem christlichen Metallarbeiterverbände angehörten, sind die Klempnergehilfen geschlossen im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert. Das Arbeiten zwischen der Organisation und der Gesellenchaft war deshalb während der langen Dauer des Kampfes bis auf den letzten Tag ein gutes, was die geradezu imponierend lautene Schlussversammlung am Mittwoch bewies. Moge deshalb auch weiterhin Geschlossenheit in der Organisation, Kollegialität untereinander und das Vertrauen auf die Organisationsleitung das Ziel der Klempner bilden, dann werden weitere Erfolge für die Klempner nicht ausbleiben. Folgender Vertrag wurde abgeschlossen:

- § 1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. An den letzten Werktagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist um 4 Uhr nachmittags Feierabend. Etwaige nach 4 Uhr nachmittags geleistete Arbeiten werden gemäß § 3 dieses Tarifes vergütet. Es werden nur tatsächlich geleistete Arbeitsstunden bezahlt, doch sind Kontrollversammlungen bis zwei Stunden zu vergüten. — § 2. Die Arbeit wird nach Stundenlohn bezahlt. Der Lohn beträgt: Für ersten Jahre noch beendeter Gesellenprüfung 48 S. die Stunde, für Gesellen bis zum vollendeten 22. Lebensjahre 60 S. die Stunde. Für Gesellen über 22 Jahre bleibt die Festsetzung des Lohnes der freien Vereinbarung überlassen, jedoch darf derselbe nicht unter 70 S. pro Stunde betragen. Am 1. April 1914 erhöhen sich die vorstehenden Löhne für alle Gesellen um 1 S. pro Stunde. Gesellen, welche bereits einen höheren Lohn hatten, als der bisherige Tarif vorsah, erhalten ebenfalls die durch diesen Tarif in Kraft tretenden Vohnveränderungen. Die Lohnzahlung erfolgt freitags. Der Lohn muß bis Schluß der Arbeitszeit ausbezahlt sein. Gesellen, denen der Lohn am Arbeitsplatz nicht ausbezahlt wird, können die Arbeitszeit so zeitig beenden, daß sie zum Schluß der Arbeitszeit in der Werkstatt sind. Wartezeit muß als Ueberarbeit bezahlt werden. Die Gesellen sind zu einer angemessenen Gegenleistung verpflichtet. Den in Arbeit stehenden Gesellen ist verboten, auf eigene Rechnung Arbeiten auszuführen. — § 3. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagarbeit sollen tüchtigst vergütet werden. Sind solche in Notfällen zu leisten, so beträgt der Zuschlag bis 9 Uhr abends ein Drittel des Lohnes, nach 9 Uhr abends, sowie Sonntags und an den gesetzlichen Feiertagen die Hälfte des Lohnes. — § 4. Bei äußeren Turnarbeiten über 30 Meier Höhe, von der Erde aus gerechnet, ist ein Zuschlag von 10 S. für die Stunde zu bezahlen. Für Grubenarbeiten sind, sofern die Grube nicht sauber gereinigt ist, 3 M. pro Mann für jeden Anschlag extra zu vergüten. Für Reinigen einer Zisterne ist 1,50 M. extra zu vergüten. Bei Grundwasserarbeiten sind 5 S. Zuschlag pro Stunde zu zahlen. Wenn Wasserstiesel gebraucht und nicht vom Arbeitgeber geliefert werden, sind weitere 5 S. pro Stunde zu bezahlen. Umfangreiche, besonders schmutzige Reinigungsarbeiten an Motoren und Kanallentungen, soweit es sich um solche handelt, deren Arbeiten mindestens drei Stunden Zeitaufwand erfordern, sind extra, jedoch nicht unter 1 M. zu vergüten. — § 5. Ist die Arbeitsstelle mehr als 4 bis 6 Kilometer vom Zentrum (Kaiserstraße) von der Werkstatt oder der Wohnung des Arbeitnehmers entfernt, so ist demselben des Jahrgeld für die tägliche einmalige Hin- und Rückfahrt zwischen den benannten Punkten und der Arbeitsstelle mit dem vom Arbeitgeber zu bestimmenden Verkehrsmittel zu vergüten. 25 6 Kilometer ist außer dem Jahrgeld die Fahrzeit, oder sofern eine Fahrverbindungs nicht vorhanden, die Laufzeit als Arbeitszeit zu bezahlen. Die Laufzeit über die Kilometerzahl wird in Begleitenden gemessen. Bahngeld wird dritter Klasse vergütet. Ist der Arbeitnehmer gezwungen, außerhalb Logis zu nehmen, so bleibt die Entschädigung der freien Vereinbarung überlassen, darf jedoch nicht unter 2,50 M. betragen. — § 6. Die gesetzlichen Arbeiterzuschüsse

müssen von beiden Parteien eingehalten werden. Ferner müssen Maßregelungen und Verbotsbefehle auf dem Bau zur Verfügung stehen. Für Bauten ist ein Eimer für Maßregelungen zur Verfügung zu stellen. — § 7. Für den Fall, daß durch irgend eine der bestehenden Vertragsbestimmungen Streitigkeiten entstehen, sind die Streitfälle einer Schlichtungskommission zu unterbreiten, die aus je vier Mitgliedern der vertragstheiligen Parteien und einem unparteiischen Vorsitzenden zu bestehen hat. — § 8. Eine gegenseitige Kündigung findet nicht statt. — § 9. Dieser Tarif ist in jeder Werkstatt sichtbar auszuhängen. — § 10. Maßregelungen dürfen aus Anlaß der Durchführung dieses Vertrages von keiner Seite vorgenommen werden und verpflichten sich beide Parteien, nach Kräften auf Innehaltung der bestehenden Bestimmungen hinzuwirken. — § 11. Der Vertrag gilt vom Tage der Unterzeichnung bis zum 31. März 1916. Welche Seite die Bestimmungen dieses Vertrages nicht in die Verhandlung über den Abschluß eines neuen Tarifes einbringt, wird der Tarif nicht bis zum 1. Januar des Ablaufjahres gültig, so hat er auf je ein Jahr weitere Gültigkeit. Der kündigende Teil ist verpflichtet, Vorschläge zur anderweitigen Regelung zu machen. — Die Arbeit wurde Donnerstag den 7. August wieder aufgenommen und mit diesem Tage trat der neue Vertrag in Kraft.

### Metallarbeiter.

**Bergedorf.** Eine gut besuchte Betriebsversammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Knochfabrik von C. L. E. m. a. n. n. nahm am 7. August Stellung gegen das Verhalten des jungen Herrn Erlmann. Kollege B. o. s. von der Ortsverwaltung übte eine treffende Kritik an seinem Gebaren. Es sei eine allgütliche Erscheinung, daß Unternehmer in Zeiten der wirtschaftlichen Krise eine ganz andere Haltung gegen die Arbeiterschaft einnehmen als in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität. Bei den hohen Löhnen, die die Firma Erlmann zahlt, sind eine Anzahl Arbeiter direkt darauf angewiesen, Nebenbeschäftigung anzunehmen, um ein einigermaßen menschliches Dasein führen zu können. Herr Erlmann senior äußerte einmal, er freue sich, wenn er durch die Bude gehe und sehe eine zufriedene Arbeiterschaft. Bei der letzten Lohnbewegung erklärte Herr Erlmann, wenn die Arbeiter auf die Projekte für die Überstunden verzichten, dann brauche er in kauen Zeiten keine Entlassungen vorzunehmen. Der junge Herr Erlmann läßt der Arbeiterschaft jetzt eine Behandlung zuteil werden, die verdient, bekanntgegeben zu werden. Ausdrücke wie „Die alte Garde muß mal rausgeschmissen werden“, „Es muß frisches Blut in die Bude“, „Wenn man sieht, wie die Leute ihren Kopf schütteln, kann man sich nur noch, daß jeder einen Meider bekommt, damit er nicht einläßt“, „Wo steht der Koffer“ oder „Ich möchte ihm eins ans Maul hauen“ sind nicht selten. Den Arbeiterinnen gegenüber tritt der junge Herr Erlmann sehr das Buch Anklage, die Urlaub haben wollte, antwortete er: „Es kommt mir keiner raus aus der Bude, entweder er wird krank oder er fällt tot um.“ Es wird wohl mancher beim Lesen dieser Zeilen glauben, daß ein solches Gebaren dem Uebermut des jungen Herrn zuzuschreiben ist, aber so jung ist der Herr nicht mehr, da er bereits die 35 überschritten hat. Dem jungen Herrn wäre sehr das Buch Anklage, „Umgang mit Menschen“ zum Studium zu empfehlen, damit er einsehen kann, daß auch die Arbeiter Menschen sind. Menschen behandelt man menschlich, auch wenn es Arbeiter sind, sonst ist es mit der zufriedenen Arbeiterschaft einmal zu Ende.

**Berlin.** In einer am 31. Juli abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung nahm die Verwaltung der Berliner Arbeitervereine am 8. und 9. August in Berlin stattfindenden außerordentlichen Verbandstag. Der Bevollmächtigte Kollege C. o. h. e. n. ging einleitend auf die Entstehung der Bewegung ein und verwies darauf, daß die gegenwärtige schwierige Situation entstanden sei durch das vorzeitige Niederlegen der Arbeit. Müßig sei es, darüber zu streiten, wer Schuld daran trage, wichtiger und notwendiger erscheine ihm die Prüfung der Frage, wie aus der vorliegenden Situation herauskommen, ohne daß das Ansehen der Organisation Schaden erleide, und da sei der außerordentliche Verbandstag die einzige Instanz, die diesen Weg finden könne und finden werde. Schwierigkeiten bereitete die Unterzeichnungsfrage, doch habe hierin der Vorstand nicht anders handeln können, einmal gezwungen durch das Statut, zum andern, wenn das, was es gestiftet hat, die Unternehmer auf den Weg zur Anerkennung der Organisation zu bringen, nicht als nutzlos aufgeopfert werden sollte. Die Delegierten zum Verbandstag würden zweifellos vor die Erörterung wichtiger interner Angelegenheiten der Organisation, sowie tatlicher Maßnahmen gestellt, die es für sie ausgemacht habe, daß der Verbandstag anders als in gewöhnlicher Sitzung tagte. In der Diskussion verteilten die Kollegen den Standpunkt, daß, wenn auch der Vorstand formal im Recht war, es zu verstehen sei, wenn die Kollegen, gezwungen durch das brutale Vorgehen der Unternehmer, ohne die Zustimmung der Zeitung abzumarten, die Arbeit niedergelegt haben. Werde in solchen Fällen die statutenmäßige Unterzeichnung verweigert, so enthalte eben das Statut Fesseln, die zu beifolgender Aufgabe des außerordentlichen Verbandstages sei. Wenn man den streikenden Werftarbeiter den Vorwurf mache, durch das vorzeitige Niederlegen der Arbeit bestehende Abmachungen nicht eingehalten zu haben, so stehe auf der andern Seite fest, daß die Unternehmer durch rückwärtsgehende Maßregelungen unserer Vertrauensleute zuerst den Waffenstillstand durchbrochen und so das Recht verstoßen hätten, die Organisation nicht mehr als vertragsfähig bezeichnen zu dürfen. Von den Kollegen Seifert und Barth wurden Resolutionen in eingebracht, die den Streikenden die vollste Sympathie der Generalversammlung auszusprechen und die Delegierten auffordern, für die Sanctionierung dieser Bewegung einzutreten. Außerdem entfällt die Resolution Barth einen Passus, nach dem ins Statut Bestimmungen aufzunehmen sind, die die Weiterholung solcher Situationen unmöglich machen. In seinem Schlusswort vermahnte Kollege C. o. h. e. n. darauf, daß es auch ohne Annahme der Resolutionen feststehe, daß unsere Sympathien voll und ganz auf Seiten unserer kämpfenden Kollegen stehen. Nicht das sei es aber, was den Streikenden nur tut, die wichtigste Aufgabe der Delegierten sei, nach Anhören beider Teile eine Entscheidung zu treffen, die den Streikenden gerecht werde, ohne das, was in 20jähriger Organisationsarbeit aufgebaut worden ist, mit einem Schlag zu zerstören. In der Abstimmung wurde die Resolution Seifert abgelehnt, während die Resolution Barth mit großer Mehrheit Annahme fand. Sodann schritt die Generalversammlung zur Auffstellung der Kandidaten zum Verbandstag. Von 63 Vorgesetzten kamen 40 auf die Vorschlagsliste, von denen 22 in der Urwahl am 3. August als Delegierte zu wählen waren.

**Brandenburg a. S.** In der Deutschen Arbeiter-Zeitung vom 10. August beschäftigt sich die Redaktion dieser Zeitung mit der Aufsperzung in den Brennaborwerken. Die Arbeiter-Zeitung muß sehr schlecht beraten sein, denn sie behauptet, daß ausschließlich Mitglieder des „sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes“ ausgespart sind. Wir können der Redaktion versichern, daß von den 1800 Aussgesparteten 1117 Arbeiter und Arbeiterinnen dem Metallarbeiterverband, die übrigen 700 Aussgesparteten den verschiedensten Verbänden, dem Gewerksverein Tisch-Dunder, der polnischen Berufsvereinigung u. s. w. angehören. Es arbeiten also nicht, wie die Arbeiter-Zeitung schreibt, Tugendsöhne anderer Organisationen circa 600 Personen im Betrieb. Nach genauer Feststellung sind 469 Personen, darunter sämtliche Verhänger, Weitzer, Zwachewitz, die Feuerwehr, Metzger und Maschinisten, die elektrische Abteilung im Betrieb. Die letzteren drei Gruppen sind mit Zustimmung der Organisationen im Betrieb verblieben. Die Arbeiter-Zeitung orakelt von einer Nachfrage, die so häufig von den Arbeitern oder von den hinter den Arbeitern stehenden Organisationen aufgestellt wird. Es soll sich ganz besonders bei der vorjährigen Aussperzung um eine Nachfrage gehandelt haben. Eine andere Verleumdung der Wahrheit gibt es kaum. Wie standen die Dinge im vorigen Jahre? Die Arbeiter einer Abteilung wehrten sich gegen Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Als es in einer Abteilung bestreuen zur Arbeitsüberlegung kam, erklärte die Firma, daß sie in der Lage sei, die Plätze der Streikenden mit Arbeitern aus anderen Abteilungen zu besetzen. Als dieser Versuch

nicht gelang und die Arbeiter der anderen Abteilungen es ablehnten, Streikbrecher zu werden, schloß die Firma Lurghard den Betrieb. Die Nachfrage ist also nicht von den Arbeitern, sondern von der Firma ausgespart worden. Genau so, wie die Behauptung der Arbeiter-Zeitung über die vorjährige Aussperzung der Wahrheit widerspricht, ist die Schilderung der jetzigen Aussperzung und ihre Ursachen unwahr. Die Arbeiter-Zeitung schreibt: „Die Arbeiterschaft hat nun von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch gemacht und den Tarifvertrag am 27. Juni gekündigt, gleichzeitig wurden der Firma Vorschläge für einen neuen Vertrag unterbreitet.“ Diese Behauptung stimmt nicht. Vorschläge für einen neuen Tarifvertrag sind der Firma erst auf ihr besonderes Verlangen unterbreitet worden. Weiter soll die Firma Gegenanträge gemacht haben, die den bestehenden Verhältnissen besser Rechnung trugen. Diese weitgehenden Angebote seien aber von der Arbeiterschaft abgelehnt worden. Das ist purer Schwindel. Die „Gegenanträge“ der Firma enthielten wesentlich die Verschlechterungen gegenüber dem alten Tarif. Die Arbeiter konnten demnach weitgehende Angebote der Firma nicht ablehnen, weil solche „weitgehende“ Angebote gar nicht gemacht waren. Dann leistet sich die Arbeiter-Zeitung den „Witz“, daß in Anbetracht der von ihr fingierten Vorgänge es zurückgewiesen werden muß, wenn die sozialdemokratische Presse, besonders die Brandenburger Zeitung, den Vorwurf erhebt, die Firma sei schuld daran, daß die Bewegung nicht einen friedlichen Verlauf genommen hat. Im nächsten Satz schlägt die Arbeiter-Zeitung sich selbst ins Gesicht. Sie schreibt: „Sie (die Firma) hat von vornherein betont, daß, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, sie darauf bestehen müsse, daß der alte Vertrag erneuert werde.“ Ei, ei, verehrliches Scharfmacherhütchen, einmal hat die Firma weitgehende Angebote gemacht, die die Arbeiterschaft angeblich abgelehnt hat und ein andermal muß die Firma darauf bestehen, daß der alte Tarif erneuert werde. Wer die Wahrheit verfolgen will, muß ein gutes Gedächtnis haben. Wenn die Arbeiter-Zeitung weiter behauptet, die Firma habe durch die Aussperzung die Arbeiter nicht vor eine Alternative gestellt, sie habe ihr Möglichstes getan, um das äußerste zu vermeiden und sei bis zur letzten Stunde zu Verhandlungen bereit gewesen, so wollen wir demgegenüber feststellen: Die Firma hat die Arbeiter vor die Frage gestellt, entweder den alten Vertrag bedingungslos anzuerkennen oder der Betrieb wird geschlossen. Die Firma hat zu wiederholten Malen erklärt, daß bis zum 1. August die Verhandlungen beendet sein müßten, nach dem 1. August werde nicht weiter verhandelt. Die Firma hat weiter erklärt, wenn der Betrieb geschlossen ist, ist in den nächsten 14 Tagen an Verhandlungen nicht zu denken, wenn die Arbeiter erst 14 Tage draufliegen, wird es schon mit den Verhandlungen besser gehen. Das heißt auf gut Deutsch: Wenn die Arbeiter erst 14 Tage gehungert haben, werden sie die Bedingungen der Firma schon annehmen. Daß die Arbeiter-Zeitung ihren Grundsätzen gemäß die Unternehmerinteressen unter allen Umständen vertritt, ist bekannt, daß dies aber auf Kosten der Wahrheit geschieht, ist bezweifelnd.

**Düsseldorf.** Wenn Sie nicht dem Metallarbeiter-Verband angehören, dann können Sie anfangen, schreibt die Rheinische Metallarbeiter- und Maschinenfabrik, A. - G. (Schhardt) an Arbeiter, die um Arbeit anfragen. Unterzeichnet sind solche, das Koalitionsrecht mit Füßen tretende Schreiben von Herrn Oberingenieur Entree, Oberleutnant a. D. Wir machen die auswärtigen Kollegen darauf aufmerksam, daß es die „Rheinische“ gar nichts angeht, wenn die Arbeiter organisiert sind. Die Firma hat vorwiegend staatliche Lieferungen und hätte die Pflicht, die Gesetze, zu denen auch das Koalitionsrecht gehört, zu respektieren. Weil sie das nicht tut, wird zu gegebener Zeit darüber zu reden sein. Vorläufig aber möchten wir den Kollegen empfehlen, über den gezogenen Spinnfaden nicht zu stolpern. Trotz der Verleumdung des Herrn Entree haben nach Beendigung der Differenzen etwa 150 Verbandsmitglieder angefangen und unsere Zahl ist wieder in erfreulichem Steigen begriffen. Während die Firma glaubte, den Metallarbeiter-Verband kleinzutreten, hat sie wieder annähernd 900 Mitglieder im Werk. Die „Rheinische“ muß eben die Erfahrung machen, wie alle Unternehmer, daß die Organisation mit ungenügenden Maßnahmen nicht zu unterdrücken ist. Wenn Herr Oberingenieur Entree und andere Vorgesetzte am gelben Denunziantentum besonderen Geschmack finden, so ist das ihre Sache. Die Organisation wird darüber hinwegschreiten. Die auswärtigen Kollegen, denen die oben gekennzeichneten Schreiben zugesandt werden, mögen sich diesbezüglich mit uns in Verbindung setzen.

**Frankenthal.** Von Zeit zu Zeit merkt man, daß es hier noch „christlich“ Organisierte gibt, nämlich wenn ein Verleumdungsartikel in ihrem Organ erscheint. So auch in Nr. 32. Da verpöcht ein gewisser L. P. seine Gasse. Dem Manne will es absolut nicht in seinen „christlichen“ Schädel, daß aufrechtstehende Männer seinem Gängelband sich entziehen und ihre Arbeitsinteressen anderswo vertreten. Wenn ein solcher dann noch seiner Religion den schuldigen Tribut leistet, das heißt in die Kirche geht, und sich vielleicht noch als Mitglied religiöser Vereinigungen betätigt, so ist nach seiner Ansicht Himmel und Hölle in Gefahr. „Seiner sozialdemokratisch organisierte Metallarbeiter, M. Krebs mit Namen, hielt laut Pfälzer Volksblatt bei der Festlichkeit einen Vortrag über „Konstantin und die damalige Zeit“ und brachte zum Schluß ein Hoch auf den Papst aus. Wie der Mann dieses mit seiner Zugehörigkeit zum sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verband vereinbaren kann, ist jedem objektiv Denkenden zum mindesten nicht verständlich.“ So heißt es wörtlich in den Geistesblitzen des L. P. Wenn jeder nicht objektiver denken würde als dieser Herr, dann wäre es um unsere Arbeiterschaft bald geschehen. Dem M. Krebs wurde von seiner Verbandsleitung nicht das Geringste angetan, denn nicht die christliche, sondern die heuchlerisch-christliche Theorie und Praxis wird dort gebrandmarkt. Dort wird gegen christlich Denkende in dieser Hinsicht toleranter verfahren als im „christlichen“ Lager selbst, wie Figura zeigt. L. P. klagt dann weiter und schreibt unter anderem von der „christlichen“ Arbeiterbewegung, welche hier so schwer um ihre Existenz ringen muß. Das glaubt man recht gerne, daß sie schwer ringen muß, denn Verleumdungen tragen keine Frucht. Das Stärkste aber leistet sich dieser L. P. damit, daß er schreibt: „Das letztemal erhielt er sogar eine außerordentliche Unterstützung von 30 M., auf die er keinen Anspruch hatte; das hinderte ihn jedoch nicht, bald wieder dem christlichen Metallarbeiterverband den Rücken zu kehren.“ Hierzu sei folgendes bemerkt: Der, der die Unterstützung erhielt, hatte gar nichts verlangt und betrachtete die damalige Handlung als ein Zeichen der Pietät und Hilfsbereitschaft, die man einem Kollegen zukommen läßt, wenn er durch den Sterbefall seiner Gattin in bedrängte Lage kommt. Man stellt sich aber selber ein sehr schlechtes Zeugnis aus, wenn man damit agitieren will und solche Gelegenheiten vom Jahre 1908 an die Öffentlichkeit zerrt. Da ist man besser beim „Feind“ als bei einem „Freund“, der die Familienfeier so anzugucken mag zu beschmutzen magt. Doch lassen wir sie gestern und verleumben, sie schädigen dadurch nur sich, denn die schlechtesten Früchte sind es nicht, woran die Wespen nagen. So hieß es ja auch einmal in einem „christlichen“ Flugblatt.

### Schmiede.

**Leipzig.** Der erneuerte Vertrag der hiesigen Wagena- b. r. i. e. n. enthält die Bestimmung, daß die Arbeitsnachweise der verträglichsten Gewerkschaften in erster Linie zu berücksichtigen sind und erst dann, wenn keine passenden Arbeitskräfte vorhanden sind, ist es den Unternehmern gestattet, sich anderwärts woher zu verschaffen. Nun kommt es aber oft vor, und die Unternehmer tun es mit Vorliebe, daß sie auf Verdröpfung von auswärtigen Schmiedegeräten und auch einstellen, und dieses trifft haupt- sächlich auf Fremdschmiede zu. Diese Art der Einstellung führt aber zu Unzufriedenheiten und wird schließlich unerträglich, wenn es sich oft wiederholt. Denn die Sache liegt einfach so: Wo bei Abschluß des Vertrages das Schwergewicht mit auf die Arbeitsvermittlung gelegt. Es gelang uns dann auch, daß der Arbeitsnachweis reiflos anerkannt wurde und in Verbindung damit, daß, wenn ein Kollege seine Arbeitsstätte wechselt, also aus einer Wagena- b. r. i. e. n. in die andere geht,

der nächste Arbeitgeber verpflichtet ist, ihm den Lohn zu zahlen, dem er in seiner alten Werkstatt verdient hat. Dadurch also, daß die Unternehmer ihre Schmiede von auswärtig holen, kommt es, daß unsere arbeitlosen Kollegen am Ort rußig aufstehen müssen, wie Kollegen von auswärts herkommen, die fast in den meisten Fällen aus einem festen Arbeitsverhältnis herausgerissen werden, und ihnen die Stelle weggeschlagen, so daß die einheimischen dann weiter auf dem Straßensplaster liegen müssen. Ferner wird aber, wie schon erwähnt wurde, die ganze Vertragsbestimmung inuflastig gemacht. Der Unternehmer braucht dem Fremden eben nur den Mindestlohn zu zahlen. Aber auch für die Kollegen in der Werkstatt selbst kann es zur Gefahr werden, wenn der Unternehmer sich auf diese Weise Reserven beschafft. Es kann also auf seinen Fall so weitergehen und es muß hier Einhalt geboten werden. Es wird schließlich eingewandt werden, daß, wenn die Schmiede die Macht haben, sie solche Zustände auch nicht einrichten lassen sollen. Nachdem die hiesigen Kollegen lange Rücksicht genommen haben, wollen sie diesen Zustand nicht länger dulden. Die Schmiede in den Wagena- b. r. i. e. n. haben darum in ihrer letzten Versammlung beschlossen, daß sie nur den als einwandfrei eingestellten Kollegen, der einen Ausweis vom Bureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vorzeigen kann. Wir ersuchen deshalb jeden auswärtigen Kollegen, sobald er Arbeit in den hiesigen Wagena- b. r. i. e. n. erhält, sich vorerst im Bureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Zeitstr. 22, schriftlich zu erkundigen, ob er die Stelle annehmen kann oder nicht. Eine sofortige Antwort ist ihm sicher. Wir machen die Kollegen außerhalb Leipzigs darauf aufmerksam, damit sie zuvor Erkundigungen einziehen und nicht aufs Geratewohl hierherziehen, wodurch sie nicht nur die Leipziger Kollegen, sondern auch sich selbst Unannehmlichkeiten aussetzen. Besonders bitten wir die Ortsverwaltungen und die Branchenteiler der Schmiede alleorts, ihre Mitglieder darauf aufmerksam zu machen.

## Rundschau.

### Ungeklärter Innungsterrorismus.

Der preussische Handelsminister hat folgenden Erlaß veröffentlicht: „Aus Anlaß der Lohnbewegungen der letzten Jahre sind sowohl bei den Vereinigten als auch bei den Beschäftigten dieser Zweifels darüber entstanden, wie weit Zwangsmaßnahmen zulässig sind, in den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ihren Mitgliedern Vorschriften zu machen. Da die bei der Entstehung von Eingeklären von mir eingewommene grundsätzliche Stellung bisher nicht allgemein bekannt geworden ist, auch aus den von mir hierüber im Abgeordnetenhaus abgegebenen Erklärungen trübe Folgerungen gezogen worden sind, so setze ich mich veranlaßt, auf folgendes hinzuweisen: Die für Zwangsmaßnahmen in Arbeitgeberverbänden nicht weiter betätigen sollen, als mit der Förderung des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern vereinbar ist, so dürfen sie auch im übrigen keine Beschlüsse fassen, die als Kampfregeln in einem wirtschaftlichen Streite zwischen Arbeitgebern und Arbeitern darstellen. Deshalb ist es zum Beispiel unzulässig, wenn Zwangsmaßnahmen ihre Mitglieder bei Strafe verpflichten, alle gewerkschaftlich organisierten Gesellschaften zu entlassen und nur solche Gesellen in Arbeit zu nehmen, die einen bestimmten Heber unterzeichnet haben, oder wenn sie ihren Mitgliedern unter Strafandrohung Abgemehr und ohne Rücksicht auf den Inhalt verbieten, Sondernträge mit den Gesellen abzuschließen, und wegen der Nichtbefolgung solcher Vorschriften Strafen gegen die Innungsmitglieder festsetzen. Beschlüsse, welche lediglich dazu dienen, die Innungsmitglieder zur Befolgung der von den Arbeitgebern zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen getroffenen Verabredungen zu nötigen, verletzen überdies die Vorschriften der Gewerbeordnung gegen den Koalitionszwang. Eine Verpflichtung der Innungsmitglieder, nur bestimmte Gesellen in Arbeit zu nehmen oder bestimmte Gesellen zu entlassen, ist auch nach § 41 der Gewerbeordnung unzulässig. Soweit indes die Innungsmitglieder in den von ihnen abzuschließenden Sonderverträgen Verpflichtungen übernehmen sollen, die mit bestimmten, gesetzlich von den Innungen zu verfolgenden und daher auch von den einzelnen Innungsmitgliedern zu unterstützenden Innungsaufgaben in Widerspruch stehen würden — zum Beispiel die Verpflichtung, ausschließlich einen andern als den von der Innung eingerichteten Arbeitsnachweis zu benutzen und somit den Innungsarbeitsnachweis grundsätzlich zu meiden — oder soweit sie sich zur Innehaltung der Sonderverträge durch ehrenrührige Erklärungen verpflichten sollen, sind die Zwangsmaßnahmen befristet, ihren Mitgliedern den Abschluß derartiger, gegen die Gesetze oder gegen die guten Sitten verstoßender Verträge zu unterliegen.“

Dieser Erlaß ist allerdings nur ein kleiner Dämpfer gegen Scharfmachergelüste bei den Handwerksmeistern. Inbesseren kann er doch gelegentlich den Arbeitern zu gute kommen und — der Mensch freut sich, wenn's wenigstens etwas ist.

### Nach eine „Vergewaltigung Arbeitswilliger“.

Es scheint, daß die Scharfmacher über das vom Leipziger Landgericht korrigierte Urteil des Gewerbegerichts zu Wurzengar nicht zur Ruhe kommen können. Bekanntlich handelte es sich darum, daß ein Dreher in seinem Arbeitszeugnis von der Firma den Vermerk erhalten hatte, daß er mit seinen Kollegen in den Streik getreten sei. Der Kollege klagte auf Ausweisung aus dem Zeugnis, das diesen Vermerk nicht enthält und drang beim Leipziger Landgericht in zweiter Instanz damit durch (siehe auch Metallarbeiter-Zeitung Nr. 17, Seite 138). In der Begründung des Urteils stand folgendes: „Daß im vorliegenden Fall ein von den Arbeitern vorauszu- sehender Schaden entstanden sei, ist nicht zutage getreten, ebenso wenig, daß die Forderung des Metallarbeiter-Verbandes zugunsten der Arbeiterschaft des Beklagten eine anormale und der Streik deshalb selbst eine frivole Kraftprobe gewesen sei. Daß der Kläger, der übrigens ein jugendlicher Mensch von 18 Jahren ist, beim Streik eine besondere Rolle im Sinne der obigen Darlegung gespielt habe, hat der Beklagte selbst nicht behauptet. Er hat sich vielmehr als Angehöriger der Arbeiterorganisation aus Solidarität dem vom Verbande dekretierten Streik angeschlossen und wohl anzuschließen müssen, wollte er damit nicht die mit dem Ausschluß vom Streik verbundenen Nachteile auf sich nehmen. Ein besonderes Treueverhältnis gegenüber seinem Prinzipale, welches ihn hätte bestimmen müssen, sich dieser Gefahr auszusetzen, bestand nicht, denn der Kläger war im ganzen nur wenig länger als vier Monate beim Beklagten als Dreher beschäftigt gewesen. Sein aus Anlaß des Streites erfolgtes Ausweichen ist auch ohne Vertragsbruch vor sich gegangen, da beiderseits eine Kündigungsfrist ausgeschlossen war. Unter diesen Umständen ist die Beteiligung des Klägers am Streik und sein damit im Zusammenhang stehender Austritt aus dem Arbeitsverhältnis vom objektiven Standpunkte aus moralisch nicht verwerflich und verdient deshalb nicht den Tadel.“

Wegen dieser Stelle scheint ein Herr F. W. in der Deutsche Industrie-Zeitung (Nr. 31, Seite 596) aus dem Häuschen geraten zu sein. Er meint: „Was aber aufs äußerste bestreben muß, das ist die Art und Weise, mit der in der Urteilsbegründung der verwertlichen Praxis des sozialdemokratischen Innungsterrorismus launigen Auslagen von Rechts wegen der Erlaubnis- und Bewilligungssysteme aufgedrückt wird. Der in Arbeit stehende Arbeiter ist also vollständig rechtslos und wehrlos der Willkür des dekretierenden Verbandes preisgegeben. Ein dringlicher kann nicht bezogen werden, mit welcher Gewissenlosigkeit und Verwahrheit die Vergewaltigung Arbeitswilliger betrieben wird. Und so sollte es bleiben: Staal und Gewerkschaft wüßten ruhig zusehen, daß in den besten Schichten unseres

Volles jedes Gefühl für Selbständigkeit, jedes Bewußtsein von Eigenart und Eigenwilligkeit, ohne das es keine Menschenwürde gibt, vernichtet wird? Das kann, das darf nicht sein.

Betrachten wir die Sache einmal nüchtern, so gut wie es gehen will. Gätte das betreffende Verbandsmitglied an dem Streik nicht teilgenommen, so wäre es unfehlbar aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ausgeschlossen worden und dadurch ohne weiteres sämtlicher Rechte verlustig gegangen, die es durch seine Zugehörigkeit erworben hätte.

Sollen wir aber einmal ein Register zum Fällen aufmachen, wo Unternehmer von ihren Organisationen (aber tatsächlich) vergewaltigt wurden? Wo bleibt der Eigentümern der Unternehmer, wenn die Oberherrschaft eine Ausübung befehlen? Herr F. B. hatte also gar keine Ursache, aus der Haut zu fahren. Mag er indessen sehen, wie er wieder hineinkommt.

Eine neue Methode für Bewegungsstudien.

In der Nummer 26 der Zeitschrift für praktische Maschinenbau wird eine sehr interessante Beschreibung einer neuen Methode für Bewegungsstudien gegeben, die ebenfalls, auch in dieser Zeitung besprochen werden soll. Frank S. Gilbreth, ein Schüler des „rühmlichst“ bekannten Fred. W. Taylor, ist den deutschen Lesern schon durch Taylors Buch „Wissenschaftliche Betriebsführung“ bekannt geworden. Gilbreth hat die Bewegungen des Maurers studiert und gefunden, daß die Maurer schon seit altersher sehr viele unnütze Bewegungen machen.

Die Wiedergabe der bei den Arbeiten ausgeführten Bewegungen wird dadurch vorgenommen, daß an jeder Hand des Arbeiters eine kleine Glühbirne, ähnlich wie bei den Lochlampen, durch einen über den Zeigefinger passenden isolierten Ring befestigt wird. Den Strom erhalten die Birnen von einer kleinen Batterie. Als vorteilhaft wird es bezeichnet, die Lampen mit Unterbrechungen aufleuchten zu lassen. Dadurch kann die Zeitdauer der verschiedenen Bewegungen studiert werden; denn die in einer Minute stattfindenden Schaltungen sind bekannt. Die Photographie gibt das Aufleuchten als Punkte oder Striche wieder. Die hellen Stellen der Photographie werden abgezählt und wir haben in einfacher Weise die Zeitbestimmung.

Dem Artikel der Zeitschrift für praktische Maschinenbau sind einige Abbildungen der Aufnahmen beigegeben. Zunächst von der Arbeit des Nüchternwandens. Das eine Bild — der Stromkreis wird nicht unterbrochen, damit die ganze Bewegung aufgezeichnet wird — zeigt die Kurven der Handbewegung. Unter genauer Beobachtung der hier nur sehr einfachen Handbewegung ist die Aufnahme gemacht worden. Dann sind einige Anordnungen gegeben worden, durch die unnötige Arbeit ausgeschlossen wurde. Eine Aufnahme der neuen Arbeitsweise zeigt uns eine andere, flachere Kurve. Welcher Art sie getroffen sind Anordnungen sind, wird nicht gesagt; sie können nur darin bestehen, daß Wert darauf gelegt wird, die arbeitstreibende Hand nur so hoch zu heben, wie nötig ist.

Das wichtigste Gebiet dieser Art Bewegungsstudien ist, daß dem Konstrukteur hierdurch Gelegenheit gegeben wird, die für die einfache Bedienung einer Maschine zweckmäßigste Anordnung der Hebel zu geben. Der Maschinenarbeiter, Dreher oder dergleichen, hat sich schon dadurch oft geholfen, daß er Verlagerungen, Sonderzeuge, Schraubenköpfe und ähnliches benutzte, die, sagen wir einmal, konstruktionsmäßig sind, das heißt in der Konstruktion gar nicht vorgesehen waren, aber von dem Praktiker benutzt werden, weil sich das Bedürfnis dafür herausstellte.

Außerdem, so führt die genannte Zeitschrift an, kann diese Einrichtung für das Studium der Bewegungen von Maschinenanteilen (Kleinteilen) oder von Automaten (Nichtigkeiten von solchen Bewegungen) große Dienste tun.

Gewerbegerichtliches.

Lohnausfall bei Werkabgabe. Der Monteur F. Nagle vor dem Gewerbegericht zu Halle gegen die Firma H. & C. in Leipzig. Die bei dieser Firma beschäftigten Monteur erhalten außer dem Stundenlohn noch eine Provision von 115 M für jede fertiggestellte Transformatorenstation. Der bei ihr beschäftigte Monteur Nagle hatte aber für die letzten fünf fertiggestellten Stationen nur je 110 M erhalten, außerdem waren ihm durch die Werkabgabe bei seinem Austritt mehrere Stunden Arbeitsverdienst verloren gegangen. In der Verhandlung vor dem Gewerbegericht bestritt der Vertreter der Firma zunächst, daß eine Provision von 115 M vereinbart worden sei. Durch Zeugenaussagen kam aber die Richtigkeit der Vereinbarung festgestellt werden. Ferner hielt sich der Vertreter der Firma nicht für verpflichtet, den durch die Werkabgabe verlorene Verdienst zu ersetzen. Der Kläger hatte die mehrere Hundert Kilometer entfernte Reise bei seinem Austritt aus dem Geschäft in Friedeburg verpaiden lassen; er sei aber in Halle eintraf, verdingen mehrere Tage. Inzwischen hatte er bereits anderweitig Stellung erhalten. Auf außerordentliches Verlangen der Firma mußte der Kläger aber bei der Werkabgabe zugestehen sein. Da es bei der Firma üblich sei, daß außerhalb arbeitende Mitarbeiter zur Werkabgabe nach Halle müssen, verlangte der Vertreter der Firma ein Urteil des Gewerbegerichts darüber, ob die Firma verpflichtet ist, den durch eine Werkabgabe angefallenen Lohn zu ersetzen. Auch längere Verhandlung wurde das Urteil gefällt, daß die Firma außer der vereinbarten Provision auch den Lohnausfall zu ersetzen hat, da sie dem Monteur keine Gelegenheit gegeben hatte, abends nach Friedeburg oder Sonntags das Werk abzugeben.

Vom Ausland.

Sibirien.

Die Streikbewegung in Sibirien. Seit dem grauenhaften Ereignis vom 4. bis 6. Juli ist es in Sibirien nicht wieder ruhig geblieben. Die Eisenbahnenarbeiter haben Streikaktionen über den Rest der Provinz veranlaßt. Man hat die sibirischen Arbeiter in Rußland in ihre Heimat geschickt und die Geldprovisionen eingespart und diese Summe damit begründet, daß es im Falle eines erneuten Streiks heißt ist, so wenig wie möglich Schaden im Streik zu haben. Man hat es so für, als ob man unter den Eisenbahnen eine Revolte zu befürchten ist. Die einzigen

reaktionäre Presse ist seit den Tagen der Kravalle nicht müde geworden, die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen am Rand in den dunkelsten Farben zu malen, ja sie sogar als eine gefährliche revolutionäre Rührerbande hinzustellen, die es darauf abgesehen hat, die Bevölkerung der Kolonie meuchlings zu überfallen und zu terrorisieren. Man will der englischen öffentlichen Meinung plausibel machen, wie notwendig es ist, mit den härtesten Reaktionsregeln gegen die Arbeiter vorzugehen. Inzwischen stellt sich immer mehr heraus, daß die sibirischen Ereignisse anfangs Juli mit grauem Kalblügel heraufbeschworen wurden. Je mehr man Einblick erhält in die Vorkommnisse jener Tage, desto mehr kommt man zu der Überzeugung, daß den unglücklichen Arbeitern von Sibirien ein Fallstrick gelegt wurde, um sie dann in ihrem eigenen Blut ertrinken zu lassen. Leider glückte dieses graue Spiel. Der konservative Daily Telegraph vom 29. Juli bringt einen Artikel eines Sibirienkorrespondenten über die Ereignisse. Dieser kommt zu dem Resultat, daß das Ministerium doch einen fatalen Mißgriff beging, indem es die Demonstrationsversammlung am 4. Juli in letzter Stunde verbot. „Hätte diese Versammlung stattgefunden, so würde sie ohne jede Ruhestörung zu Ende gegangen sein.“ Die Situation wurde noch dadurch verschlimmert, daß die Regierung die Versammlung anfänglich erlaubte, nachdem sie vom Polizeichef verboten worden war. Das von dem Korrespondenten vom Vorgehen des Militärs entworfene Bild ist geradezu empörend. Mit unmenslicher Brutalität wurden die Leute niedergemetzelt. Die Soldaten schossen wild drauflos. Hören wir, was der Korrespondent unter anderem sagt:

„Die grausamen Szenen, die sich abspielten, verhinderten die Massen zum Auseinandergehen. Sechs oder mehr liegen tot in der Kommissioner Straße und niemand findet den Mut, sie fortzuschaffen. Sobald sich einige aufrufen und sich heranzuwagen, erfolgt eine Salve, die sie zurücktreibt, um wieder Schutz zu suchen. Die Vorgänge sind schrecklich, einfach häßlich. Weiber rennen umher, unbekümmert um die Gefahren um sie her. Andere laufen atemlos von einer Stelle zur andern und kreischen wie Irrsinnige. Einige fallen in Ohnmacht, sobald sie an der Schwelle der Sicherheit sind, und heldenmütige Männer riskieren ihr Leben, indem sie sie unter Dach und Fach bringen. Ich habe, wie Sie wissen, den Burenkrieg mitemgemacht, aber in keinem der 29 Gefechte haben mich die Vorkommnisse so gerührt, wie hier beim Anblick der in dieser Straße sich abspielenden grausamen Szenen.“

Die organisierte Arbeiterklasse ist stets und überall gegen eine Putsch- und Kravallpolitik gewesen, weshalb sie auch aller Syndikalistischen „spontanen Streikaktivität“ scharfen Widerstand entgegensetzt. Sie ist davon überzeugt, daß die Entwicklung des Gesellschaftsfortschritts eine organische sein muß und daß alle notwendigen Reformen stufenweise errungen werden müssen. Eine notwendige Vorbedingung hierzu ist, daß die organische Entwicklung nicht gehemmt oder gestoppt wird. Was sind nun die Mittel zur Förderung der organischen Gesellschaftsentwicklung? Die politische und ökonomische Aktion der Arbeiterklasse. Eine Arbeiterklasse, die sich auf politischem Gebiet frei und offen betätigen kann, greift zu keiner Methode des Terrorismus. Nur dort, wo der Arbeiterklasse die politische Betätigung unterbunden wird, ist man geneigt, unkontrollierbare Methoden anzuwenden. Die freie Ausübung der politischen Rechte ist die elementarste Grundbedingung des Staatsbürgerrechts. Die Goldminenmagnaten vom Rand aber und deren Helfershelfer, die sich über den Terror der dortigen organisierten Arbeiter hehnen, wollen den Arbeiterorganisationen die politischen Rechte beschneiden. Sie wollen die Gewerkschaften nur beständig anerkennen, das heißt nur solche, die keine Politik treiben und auch keine Beiträge zu politischen Zwecken erheben. In den letzten Tagen ist in der Presse eine panikartige Stimmung erzeugt worden. Die Föderation der Gewerkschaften lehnte die Konzeptionen der Regierung ab und brachte mit dem Generalstreik. Der Zeitpunkt für den Ausbruch sollte geheim gehalten werden. Man hat nun versucht, in diese Lücke eine gruselige Konspirationspolitik hineinzufüllen, dazu auszureifen, den Staat im Handumdrehen aus den Angeln zu heben. Über Grund der Vereinbarungen vom 5. Juli und die Regierung die Vertreter der Arbeiter zwecks Unterhandlung ein. Nach langwierigen Verhandlungen mit den streikenden Parteien war die Regierung in der Lage, den Vertretern der Arbeiter folgende Konzeptionen zu unterbreiten: 1. 8 1/2ständiger Arbeitstag. 2. Eine Ferienzeit von 10 Tagen für alle Untergundarbeiter, die ein Jahr, und für alle Ueberlagerarbeiter, die zwei Jahre im Dienste stehen. 3. Bedingungsweise Anerkennung der Gewerkschaft, unter anderem soll sie unpolitisch sein und keine Beiträge für politische Zwecke erheben. Ferner soll eine Kommission, bestehend aus Vertretern der Arbeiter sowie der Unternehmer mit einem unparteiischen Vorsitzenden ernannt werden, die Vorschläge machen soll zwecks Verbesserung der Arbeitsverhältnisse. Die Forderungen der Arbeiter sind folgende: Die Vergarbeiter verlangen 1. Arbeitszeit einschließlich Ein- und Ausfahrt 8 Stunden. 2. Standardlöhne. 3. Erhöhung des Schadenersatzes für übermäßige Vergarbeiter bei Todesfall von 400 auf 750 Pfund Sterling. 4. Verbesserte Arbeitsverhältnisse unter Tage. 5. Abschaffung der Sonntagarbeit. 6. Jezu Tage Ferien jährlich außer vier weiteren, und zwar Karfreitag, Weihnacht, 1. Mai und 4. Juli, den die Arbeiter als den roten Freitag halten wollen. Die Eisenbahner verlangen: 1. Abschaffung der Stundenarbeit. 2. Wiedereinführung eines konföderierten Lohnsystems. 3. Politische Rechte (die Eisenbahner sind sozialistisch). 4. Allgemeiner Achtundzweiundzwanzigstündiger Arbeitstag. 5. Anerkennung der Gewerkschaft. 6. Ein Minimumlohn. Im letzten Februar wurden die Löhne der letzteren längs um zwei Schilling reduziert. Angeblich bewirkt durch die geheime Politik der Gewerkschaftsföderation, richtete sich die Regierung aufjemandem darauf ein, gleich den Belagerungsplan zu erklären und jede Regierung der Arbeiter im Sinne zu erklären. Die Vertreter der Arbeiterföderation beschloßen indessen mit 65 gegen 18 Stimmen, vorläufig keinen Generalstreik zu proklamieren, sondern auf die Hilfe der politischen Organisation zu rechnen. H. B.

Literarisches.

Für Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung. Von der neuen Zeit ist soeben das 45. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Müllers und Reiches Her. Von Fr. Wehring. II. — Die periphrastische Eigenbegriffung. Ein Kapitel der Schwefelung Perthes. Von Edwin Roth. — Sozialistische Probleme. Von Adolf Braun. — Die Gewerkschaftsbewegung der Schweißler und das kommende Reichstagswahljahr. Von H. H. — Literarisches Rundschau: Georg Berner, Die die Welt klagten. Von H. H. — Die neue Kunst. — Zeitgenossen. Von J. Kästgen. — Die neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3 25 M pro Quartal zu beziehen; jedoch kann sie bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Preisveränderungen stehen jederzeit zur Verfügung.

Die praktische Darstellung Ihrer Geschichte und ihr Wesen. Auch ein Beitrag zur preussischen Fahrquaderreinerung 1813—1913 von Albert Meyer. 1913. Verlag: Volkshandlungsbuch (Dörnte & Mey), Hannover. 48 Seiten. Preis 30 Pf. — Dieses Buchchen erzählt schon vor den preussischen Wahlwahlen; es wird indessen auch noch nachher bei der preussischen Arbeiterschaft ein gutes Stück Aufmerksamkeit verdienen können, um so mehr, als wir uns daran die Erinnerung magen verständig ist. Berge-Wasser. Anleitung nebst Modellbogen zur Selbstanfertigung kleiner Bergmodelle. Ein Beitrag zur Förderung der Handfertigkeit in der Familie. (Sammlung: Wie kann ich mir helfen? Band 130.) Mit 38 Abbildungen. Von Walter Gert. Leipzig. A. Verlag von Hermann Scher. 28 Seiten und einbogen mit Abbildungen. Preis 60 Pf. Bei direkter postfreier Zusendung vom Verlag 70 Pf. — Der Herausgeber dieser Sammlung verfolgt einen recht lobwürdigen Zweck. Namentlich die Väter heranzubilden Söhne haben Grund, sich für sie zu interessieren. Von der Verfasser dieses

„Bandes“ nun aber glaubt, daß man „in der Familie“ nun auch schon Benzinmotoren bauen soll, so scheint uns dies doch etwas zu weit zu gehen. Zwar erbetet der Verfasser sich zur Lieferung des Gusses und bezüglich des Zylindermeins er, man solle sich diesen von einem Mechaniker oder einem Schlosser ausbilden lassen. Wie man aber den Kolben, die Kammräder etc. anfertigen soll, davon sagt er kein Wort. Von der Kurbelwelle sagt der Verfasser unter anderem: „Sie ist entweder aus Temperguß gegossen oder aus geschmiedet, sie kann auch aus fünf einzelnen Teilen zusammengesetzt werden. Temperguß ist jedoch vorzuziehen, da diese Kurbelwelle einer geringeren Bearbeitung bedarf als die aus Schmiedestahl. Bei sauberem Guß braucht man nur mit der Feile und dem Schmirgelstein die rohe Gußhaut abzureiben, um sie für unsere Zwecke brauchbar zu machen.“ Die reifere Jugend versteht bekanntlich nicht so leicht vor Schönerigkeiten zurück; wenn sie aber das machen soll, was der Verfasser ihr hier anräth, so dürfte sie doch verweigern. Auf solche Weise wird nur Kunsterei gefördert. So leicht ist den Motorbau denn doch nicht und es erscheint uns etwas reichlich kühn, ihn in einem so bünnen Heftchen lehren zu wollen, sei es auch nur zum Spiel.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (V. a. G.), Hamburg.

Bekanntmachung.

Das Statut ist in der Fassung, wie es die Generalversammlung beschlossen, von dem Kaiserlichen Aufsichtsamt genehmigt. Dasselbe tritt am 1. September 1913 in Kraft. Sobald dasselbe im Druck fertig, beginnt der Versand. Der § 18 Absatz 7 bestimmt, daß die Abrechnungen alle drei Monate eingeleitet werden müssen, und daß die Generalversammlung betreffs der Sterbefälle ebenfalls beschlossen hat, daß die Abrechnungen alle drei Monate einzulegen sind, so hat der Vorstand beschlossen, daß die nächsten Abrechnungen bis 15. Oktober 1913 einzulegen sind. Mit Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung!

Zur Vermeidung von Verzögerungen ersuchen wir um genaue Beachtung des Folgenden: Es sind zu adressieren: Mitteilungen wegen Fernhaltung des Zuges und Ueberungen des Adressenverzeichnisses an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötelfstraße 16a; Artikel, Korrespondenzen, Rundschauanzeigen, Bekanntmachungen der Ortsvereine, soweit sie nicht Privatangelegenheiten betreffen, Versammlungsanzeigen und Nachrichten über Sterbefälle an die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung, Stuttgart, Rötelfstraße 16a und niemals nach Berlin, Elsfasserstraße 86—88, ferner niemals an einen der Redakteure persönlich; Bestellungen auf die Metallarbeiter-Zeitung an die Expedition in Stuttgart, Rötelfstraße 16a oder in Berlin N. 24, Elsfasserstraße 86—88, je nachdem der Ort, wo die Bestellung erfolgt, einer der beiden Expeditionen zugeteilt worden ist; Bewerben um ausgeschriebene Stellen, Privatanzeigen und etwaige Beschwerden über solche nur an den Verlag in Firma Alexander Schlicke & Co., Stuttgart, Rötelfstraße 16b. Sendungen an Redaktion oder Expedition sind niemals Sendungen beizulegen, die für den Vorstand oder den Verlag bestimmt sind, sondern stets direkt zu adressieren.

Verbands-Anzeigen.

- Mitglieder-Versammlungen. Samstag, 6. September: Aachen. Neue Welt, halb 9 Uhr. Celle. Stellmann, Humlage 7, 1/9. Chemnitz. (Klempner.) Rulmbacher Bierhalle, halb 9 Uhr. Dresden. (Geizungsamt.) Volkshaus, Ribbenbergstr. 2, halb 9 Uhr. Offen (Geizungsamt.) Eißelmann, halb 9. Rühlhausen i. G. Elsfasserhof, 8 Uhr. Reuwind a. Rh. Juppelin, 8 Uhr. Wolgast (Pommern). Schulz, halb 9. Samstag, 26. August: Nürnberg. (Elektromonteur.) Verhauß, Rauhhauserg., 7 Uhr. Rastatt (Pfeifer). Straube, 8 Uhr. Donnerstag, 28. August: Schwelm. (Elektromont.) Zhalia, 1/9. Samstag, 30. August: Barmen-Elberfeld (Geizungsamt.) U. Selter, Volkshaus, Elberfeld, 1/9. Sagen-Altenhagen. Zum Konsumverein, halb 9 Uhr. Sagen-Doel. Raabe, halb 9 Uhr. Sagen-Doel. Schmeltenbach, 1/9. Werdau. Kaiser-Wilhelmshalle, 1/9. W. Glöckl. (Brecht.) (Dreh-, Schloss-, u. verwandte Berufe.) Ewerß, halb 9. Ravensburg. Vogt, Zornhale, 1/9. Reutlingen. Deutsches Haus, 8 Uhr. Weltershausen. Friedeburg, Löwen, Bollerhausen, halb 9 Uhr. Watterß. Friedeburg, 9. m. mansburg, Friedeburg, halb 9. Zwissau (Schmiede). Brauerstraße, halb 9 Uhr. Sonntag, 31. August: Gannover (Geizungsamt.) Gemeinlich, 10. R. Glöckl. (Brecht.) Jean Krüppel, halb 11 Uhr. Osnaabrück (Dreher und Maschinenarbeiter.) Möller, 11 Uhr. Sinsheim (Schwarzschm.) Käferburg 4. Montag, 1. September: Barmen-Elberfeld. (Klempner.) Juffall. Gemeinlichshaus, Barmen, halb 9. Barmen-Elberfeld. (Klempner und Juffall.) Volkshaus, Elberfeld, 1/9. Greifeld (Geizungsamt.) Volkshaus, 1/9. Dienstag, 2. September: Greifeld (Elektromont.) Volkshaus, 1/9. Halle a. S. (Elektromont.) Golbene Kette, Alter Markt, halb 9 Uhr. Mittwoch, 3. September: Wpenrade. Kolonnen. Freitag, 5. September: Sinsheim i. Pr. Münst. 24b, 8.

Privat-Anzeigen.

- Lüchtigen Feilenhauer sucht (von W. Dirbaum, Geizung i. G.) Suche sofort einen tüchtigen Feilenhauer (Handhauer). G. Rab S. G. Sinsheim a. Rh. Kirchplatz 10. Den Schlosser Heinrich Reumann, geb. 25. 1. 1883 an Sonnenbäumen, erzw. Weg. Schiffsangelegenh. um Ang. feiner Wäsche. Wg. Z. H. M. Maurer, Sonnenbäumen (St. Hofgeismar). Mehrere tüchtige Mechaniker für Fabrikarbeit in dauernde u. Lohnende Stellung gesucht. In derselben wird begünstigter Urlaub und Beförderungsberechtigung erlangt. Meldungen mit Zeugnisabschriften u. kurzen Lebenslauf an: Carl Zeiss, Jena. Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötelfstraße 16 B.